

Die Anfänge der organisierten Arbeiterbewegung in Detmold

1. Erste Anfänge

Nicht nur die Eisenbahn kam spät nach Lippe, auch der Einzug sozialistischer Ideen in das ländlich strukturierte Fürstentum brauchte länger als anderswo, besonders wenn man die Gründung sozialdemokratischer Vereine als Vorläufer bzw. Keimzellen von „SPD-Ortsvereinen“ als Maßstab heranzieht. In Detmold, der Residenz der lippischen Fürsten, dauerte es sogar noch länger als z.B. in Lemgo, Schötmar oder Oerlinghausen, den ‚Hochburgen‘ der Sozialdemokratie – zumindest bis zur Jahrhundertwende. In Schötmar fand am 3. Februar 1878 im „Frohneshen Gasthaus“, dem späteren „Tivoli“, die erste nachgewiesene sozialdemokratische Versammlung in Lippe statt, die zur Gründung des ersten „socialistischen Vereins“ des Fürstentums führte.¹ Nur wenig später erfolgte die nächste Vereinsgründung durch Lemgoer Sozialdemokraten. Dort teilte mit Datum vom 9. Mai der Lemgoer Verwaltungsmagistrat der Regierung in Detmold mit, ihm sei von dem Tischlergesellen Blank aus Königsberg und vier Genossen ein Statut für einen sozialdemokratischen Wahlverein vorgelegt worden.²

Bevor die von der lippischen Presse, allen voran die ‚Lippische Landes-Zeitung‘, erbittert bekämpften sozialistischen Ideen sich in weiteren Vereinsgründungen niederschlagen konnten, führten zwei Attentate auf Kaiser Wilhelm I., die den Sozialdemokraten zugeschrieben wurden, dazu, dass der Deutsche Reichstag am 19. Oktober 1878 das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ erließ, das zwei Tage später in Kraft trat. Mit ihm wurden alle sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Vereine, Versammlungen und Druckschriften verboten.

Abgesehen von den zwei erwähnten Vereinsgründungen in Schötmar und Lemgo gab es bis zum Erlass des ‚Sozialistengesetzes‘ keine Ereignisse, die die lippische Obrigkeit hätten beunruhigen können, dennoch war das politische Klima in Lippe ähnlich aufgeheizt und sozialistenfeindlich wie im gesamten Reichsgebiet. Symptomatisch dafür war die Berichterstattung der lippischen Presse, aus der hier zwei Beispiele der ‚Lippischen Landes-Zeitung‘ zitiert werden sollen. Am 11. Februar 1878 schrieb sie:

Obgleich durch die socialistische Bewegung dem Staate und der Gesellschaft in Deutschland augenblicklich noch keine vitalen Gefahren drohen, so hat sie

doch schon jetzt schwere Nachteile in ihrem Gefolge, deren Gewicht sich kein denkender Patriot verschließen kann. Sie erfüllt die arbeitnehmenden Klassen mit Überhebung und Selbstüberschätzung, erweckt in ihnen die unlautersten Begierden und Leidenschaften, Ansprüche an das Leben, zu deren Befriedigung ihnen keine Mittel geboten, aber stets goldene Berge versprochen werden [...], gewöhnt sie an das Bummel- und Kneipenleben [...].

Die Zeitung forderte,

daß den socialdemokratischen Agitatoren der Einfluß auf die Arbeiter entwunden, daß der Revolution von unten ein nachdrücklicher Hemmschuh vorge-schoben wird. Solange unsere Gesetze den Feinden Gottes und der Gesellschaft verstatten, die urteilslosesten Schichten ohne Unterlass anzustacheln, sie mit einem Netz von Betörungen zu umstricken, kann natürlich davon keine Rede sein, daß wir in der Lösung der socialen Frage einen Schritt vorwärts tun [...] Die socialdemokratische Agitation [...] macht die Arbeiter störrisch und erfüllt sie mit maßlosen Ansprüchen, während sie den Arbeitgebern durch die gehässigsten Insinuationen das Dasein verleidet [...].³

Am 20. Februar 1878 hieß es in einem Bericht der ‚Lippischen Landes-Zei-tung‘ aus Berlin:

Die socialdemokratische Agitation hat nachgerade eine Gestalt angenommen, die nicht verfehlen kann, den gebildeten Teil der Nation mit Erröten und der äußersten Entrüstung zu erfüllen ... Um dem Scandal die Krone aufzusetzen, beteiligen sich neuerdings auch die Weiber, die an Rohheit und Cynismus die Männer womöglich noch überbieten. In den abstoßendsten Perioden der ers-ten französischen Revolution kann die Gotteslästerung und die Verhöhnung der Geistlichkeit nicht schamloser betrieben sein als es jetzt täglich in der Hauptstadt des Deutschen Reiches geschieht. Und was das schlimmste ist, die Behörden stehen diesem Unfug so gut wie machtlos gegenüber; sie sind an das Vereins-Gesetz, das Strafgesetz und so fort gebunden und müssen nach ihnen handeln.⁴

Einige Monate vorher hatte der Konsistorialrat Otto Thelemann, als lippischer Schulrat Vorgesetzter aller Volksschullehrer im Fürstentum, in Detmold eine Rede gehalten, in der er die Sozialdemokraten und Liberalen als deren ‚Steigbügelhalter‘ heftig attackierte:

Berlin, die ‚Metropole der deutschen Intelligenz‘ und Hauptstadt des deut-schen Reiches, wird im Reichstag zum Theil durch Führer der Socialdemokra-

tie (gewählt mit über 30 000 Stimmen) vertreten und in weiten Kreisen ist man über diese Thatsache im höchsten Grade verblüfft. Die zahlreichen Parteiblätter werden begierig gelesen und die socialistische Propaganda erstreckt sich nicht mehr allein auf Fabrikdistricte, sondern hat auch begonnen, die ländlichen Arbeiter in die Bewegung hineinzuziehen [...] Der Socialismus und der Kommunismus aber, welche Grund und Ziel der socialdemokratischen Bewegung bilden, stehen in Opposition zu der vorhandenen gesellschaftlichen wie zu der göttlichen Ordnung und erstreben eine Änderung in demokratischem Sinne [...] Frankreich haben wir kennengelernt als die Brutstätte der Socialdemokratie. Ihre neuesten Apostel sind zwei deutsche Juden, Karl Marx und Ferdinand Lassalle, und Deutschland ist [...] ihr Tummelplatz und ergiebigstes Agitationsfeld geworden [...]

Als das zu erreichende höchste Ziel stellt auch der neueste Socialismus den Genuß hin [...]

Das socialdemokratische Prinzip ist immer dasselbe: Gleichheit der Stellung, Gemeinsamkeit der Güter und Gleichheit im Genuß. Die Socialdemokratie tritt damit in Gegensatz zu der bestehenden Ordnung, deren ausgeprägter Charakter in dieser dreifachen Hinsicht die Mannigfaltigkeit ist.

Überdies kennt der heutige Socialismus [...] keine geistige, sondern nur körperliche Arbeit. Er steckt eben ganz im Materialismus [...]

Als drittes Ziel, auf das die Socialdemokratie vorläufig hinarbeitet, gilt der sogenannte Normalarbeitstag [...] Wenn der Sonntag befreit wird zum Ruhetag, so stimmen wir mit ihnen überein, aber nicht darin, wie es sich thatsächlich verhält, daß der Sonntag für die arbeitenden Klassen ein Tag der Schwelgerei und Balgerei sei [...].

Und was haben wir, so fragen wir nun, für unser Vaterland zu erwarten, wenn den Socialdemokraten die Revolution, nach der sie dürsten, gelingen sollte? An die Stelle der gegenwärtigen, wenn auch immerhin mangelhaften gesellschaftlichen Ordnung träte der unaufhörliche socialistische Kampf, die Revolution in Permanenz [...]

[...] Für jetzt aber sind es gerade die liberalen Parteien unseres Vaterlandes, welche mit ihrem unrichtigen Freiheitsprinzip jenen den Weg bahnen, indem die Nationalliberalen die Bande der bisherigen Ordnung in Staat und Kirche und Schule überall lockern und die Fortschrittsleute geradezu die Wände durchbrechen wollen. So wird der Socialdemokratie Eingang und Aufnahme bereitet [...]

Wer klug ist, lasse sich weisen und sehe jeder zu, was er an seinem Theile zu thun hat und zu thun vermag, um jenes drohende Gespenst abzuwenden. Das rothe Gespenst hat Fleisch und Bein!⁵

Wesentlich gemäßigter war das Verhalten der Fürstlich Lippischen Regierung gegenüber den ersten lippischen Sozialdemokraten. In seiner *Geschichte der lippischen Sozialdemokratie* lobt Karl Rauchschalbe „die Korrektheit [...], mit der die Fürstlich-Lippische Regierung sich bei der Behandlung von Sozialdemokraten an die bestehenden Gesetze hielt, auch in der Zeit, als sich das Sozialistengesetz in Kraft befand.“ Er fährt fort:

Tatsächlich unterschied sich die lippische Verwaltungspraxis während des Bismarckschen Kaiserreichs z.T. wohlthuend von der preußischen. Das trug zweifellos dazu bei, daß die politischen Auseinandersetzungen im lippischen Fürstentum weniger hart verliefen als in anderen deutschen Bundesstaaten.⁶

Dass die lippische Regierung auch noch kurz vor Erlass des ‚Sozialistengesetzes‘ ihren Untertanen keine revolutionären Umtriebe zutraute und die Sozialdemokratie in Lippe für keine Gefahr hielt, zeigt ein Bericht des Fürstlich Lippischen Kabinettsministeriums an das Hohe Reichskanzleramt in Berlin vom 7. September 1878, mit dem es eine von dort erfolgte Anfrage vom 6. August bezüglich „socialdemokratischen Bestrebungen im hiesigen Lande“ beantwortete. Darin hieß es:

Im Frühjahr d.J. haben einige Arbeiter, vorzugsweise Cigarrenarbeiter von außen, in Lemgo und Schötmar den Versuch gemacht, locale Wahlvereine zu bilden, welche es sich nach den entworfenen Statuten zur Aufgabe stellten, auf Wahlen jeder Art, namentlich Reichstagswahlen durch Abhaltung von Versammlungen und Vorträgen sowie durch Verbreitung von Schriften im socialdemokratischen Sinne einzuwirken. Es scheint aber daraus Nichts geworden zu sein, da den betr. Polizeibehörden nach den darüber abgestatteten Berichten seitdem nichts Weiteres davon bekannt geworden ist. Es ließ sich dieses Resultat auch vorhersehen, da die Bevölkerung des Fürstenthumes den socialdemokratischen Bestrebungen abgeneigt ist.

Das Ministerium erklärte, sozialdemokratisch ausgerichtete Zeitungen und Zeitschriften seien in Lippe nicht erschienen, auch gebe es keine spezifisch sozialdemokratischen Buchdrucker, Druckereien oder Buchhändler.

Zur Frage nach sozialdemokratischen Agitatoren führte das Ministerium aus:

Daß im hiesigen Lande socialdemokratische Agitatoren wohnen oder innerhalb des letzten Jahres sich längere Zeit aufgehalten haben, ist hier nicht bekannt geworden. Als im hiesigen Lande im Frühling d.J. ein neuer Landtags-Abgeordneter an Stelle eines verstorbenen zu wählen war (gemeint ist wohl

der Reichstagsabgeordnete Franz Hausmann, d. Verf.), versuchten einige Führer der socialdemokratischen Partei, namentlich ein gewisser Oehme aus Hannover, in abgehaltenen Versammlungen auf die Wahl zu influieren und Anhänger für ihre Partei zu gewinnen. Obwohl sie sehr vorsichtig auftraten und den eigentlichen Kern ihrer Bestrebungen nur wenig enthüllten, so wurden sie von der versammelten Menge doch durchschaut und fanden in ihr so wenig Anklang, vielmehr so kräftigen Widerspruch, daß der Agitator polizeilich vor thätlichen Angriffen geschützt werden mußte. Es ist deshalb darauf hier kein Gewicht gelegt. Seitdem ist von einer socialdemokratischen Agitation im hiesigen Lande, namentlich bei der Bevölkerung des platten Landes hier Nichts bekannt [...].⁷

Wenn auch dezidiert sozialdemokratische Vereinsgründungen vor 1878 noch die Ausnahme in Lippe waren, so heißt das nicht, dass es nicht auch in der Arbeiterschaft Lippes Bestrebungen gegeben hat, sich zur Durchsetzung ihrer Interessen zu organisieren. Vorreiter waren dabei besonders die Zigarrenarbeiter, die ja auch bei der Gründung der sozialdemokratischen Wahlvereine in Schötmar und Lemgo eine herausragende Rolle spielten. Schon 1858 wurde in Lemgo eine „Zigarrenarbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse“ gegründet, die auch eine politische und erzieherische Funktion hatte. Vorträge und Debatten über die soziale Lage waren ein wichtiger Bestandteil ihrer Arbeit. 1867 stand der Name eines Lippers in der Teilnehmerliste des „Eisenacher Kongresses der Zigarrenarbeiter“ und Lemgo wurde als Ort einer Filiale des „Deutschen Tabakarbeiter-Vereins“ in dessen Mitgliederliste geführt.⁸ Doch auch in Detmold organisierten sich 1865 erstmalig Tabakarbeiter in einem Verein, dessen Mitgliederzahl Ende 1878, als auch den „Deutschen Tabakarbeiter-Verein“ das Verbot des ‚Sozialistengesetzes‘ traf, mit fünfzehn über den Mitgliederzahlen von Oerlinghausen (12) und Lemgo (11) lag.⁹

Für die besondere Rolle der Tabakarbeiter im Fürstentum Lippe zur damaligen Zeit scheinen folgende Gründe entscheidend gewesen zu sein:

Erst ab 1870 kam es im ‚Zwergstaat‘ zu ersten industriellen Ansätzen. Die politische und wirtschaftliche Struktur war wenig entwickelt. Noch um die Jahrhundertwende dominierte die landwirtschaftliche Kleinproduktion, die zunehmend nicht mehr in der Lage war, Familien zu ernähren. Von insgesamt 20.346 nebenberuflichen Landwirten gingen 15.483 einem Hauptberuf in der gewerblichen Wirtschaft nach. Schwerpunkt der landwirtschaftlichen Produktion war der Anbau von Nahrungsmitteln. Daneben gab es einen weitverbreiteten Flachs-anbau mit häuslicher Leinenproduktion. Das Leinenhandwerk war für einige Zeit der zweitwichtigste Beschäftigungszweig in Lippe, dessen Bedeutung jedoch im 19. Jahrhundert kontinuierlich zurückging. Während das Aufkommen der ersten mechanischen Webstühle in anderen Gegenden, z.B.



Abb. 1: Zigarrenarbeiter bei der Arbeit. Aus: IG Metall Detmold (Hg.): Die Vergangenheit begreifen und die Zukunft bewältigen – Eine Dokumentation zur Geschichte der lippischen Arbeiterbewegung. Detmold 1984.

in Bielefeld, zu einer industriellen Leinen- und Textilproduktion führte, ging diese Entwicklung an Lippe vorbei. Die lippische Regierung verbot sogar die Errichtung mechanischer Webereien und Spinnereien, wie sie sich überhaupt der Industrialisierung anfänglich widersetzte. Die erste mechanische Weberei wurde in Lippe erst 1888 in Lemgo errichtet. 1875 existierten in Lippe erst zwölf Betriebe mit über fünfzig Beschäftigten. Dagegen entwickelte sich in den Nachbarregionen wie Herford, Minden und besonders Bielefeld schnell eine Industrie. Schon 1865 entstanden dort die ersten industriellen Großbetriebe. Besonders der Maschinenbau, vor allem die Produktion von Nähmaschinen und Fahrrädern, machten Bielefeld zu einem Industriezentrum und damit auch zu einem Zentrum der Arbeiterbewegung. Lippe dagegen bot mit

seiner schlechten Infrastruktur und der fehlenden Anbindung an das Eisenbahnnetz, die erst zwischen 1880 und 1900 erfolgte, kaum Anreize für Industrialisierung, die in nennenswerter Weise Beschäftigungsmöglichkeiten bedeutet hätte.

Große Teile der lippischen Landbevölkerung waren daher gezwungen, als Wanderarbeiter ein Einkommen zu suchen, wenn sie nicht sogar den Sprung über den großen Teich wagten, um in Amerika ihr Glück zu finden. In erster Linie waren es Ziegler und Maurer, die aus Lippe auspendelten – nach Bielefeld, Herford und Minden, aber auch ins Münsterland und bis nach Holland. Im Jahre 1860 wurden 7.988 lippische Wanderarbeiter gezählt; bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts stieg ihre Zahl auf über 14.000.¹⁰

Die Zigarrenfabrikation dagegen war auch in Lippe ein Wirtschaftszweig, der sich ab etwa 1850 ausdehnte. Besonders in Oerlinghausen und Lemgo gab es große Fabrikationsstätten, in denen auch Kinder beschäftigt wurden. Ein weit verbreiteter Brauch der Zigarrenarbeiter mag besonders dazu beigetragen haben, dass sich unter ihnen sozialistisches Gedankengut ausbreiten konnte. Während der Arbeit in den Produktionsstätten las oft einer von ihnen Texte vor, wofür die anderen ihm einen Teil des Lohnes abgaben. Es ist nicht auszuschließen, dass darunter auch Texte mit sozialistischem oder sozialdemokratischem Inhalt waren.

In seinem schon erwähnten Buch über die lippische Sozialdemokratie schreibt Karl Rauchschwalbe:

Mit Recht konstatierte Herr von Meien (Der Amtmann von Schötmar), daß Oerlinghausen ein Herd der Sozialdemokratie sei. Die dortigen Tabakarbeiter konnten während der Arbeitszeit politisieren. Die nahezu geräuschlose, im Sitzen stattfindende Arbeit des Zigarrenmachens erlaubte das Vorlesen von Zeitungsartikeln, ermöglichte Gespräche. Die relativ bequeme Arbeit wurde allerdings miserabel bezahlt, so daß die Tabakarbeiter natürlich Ursache hatten, sich der Partei anzuschließen, die vornehmlich Arbeiterinteressen vertrat.¹¹

Die Lemgoer Zigarrenfabrikanten hielten die Sozialdemokratie für gefährlich genug, dass sechs von ihnen am 12. Juni 1878 in der ‚Lippischen Post‘, einem kleinen Blatt der Lemgoer Mittelschicht, folgende Anzeige aufgaben:

Die Unterzeichneten anerkennen die Bestrebungen der Socialdemokratie als ebenso verstandslos wie verbrecherisch und haben sich deshalb nach reiflicher leidenschaftsloser Überlegung entschlossen, vom 20. d.M. an, nicht ferner Leute in ihren Fabriken zu beschäftigen, die diesem Vereine angehören oder derartige Bestrebungen unterstützen oder darauf bezüglichen Zeitschriften halten.¹²

20 4180

Abrechnungsbuch

des f. l. Freigemeins des
Detmolder Tabakarbeiter-Vereins
hier zu Berlin, übergeben zum
Protokoll v. J. Jannasch & L.
Schmidt, B. K. H. 1879
der Magistrat
H. J. Schmidt.

01 2

1873		1874	
April	von 11 Mann Lippische Röhren	2	6 1/2
May	für 11 Mann Lippische Röhren	6	28
Juni	für 11 Mann Lippische Röhren	2	5
Juli	für 9 Mann Lippische Röhren	2	3 1/2
Aug.	für 9 Mann Lippische Röhren	2	12 1/2
Sept.	für 9 Mann Lippische Röhren	1	24
Oktober	für 11 Mann Lippische Röhren	2	18 1/2
Nov.	für 11 Mann Lippische Röhren	1	14
Dez.	für 11 Mann Lippische Röhren	1	5 1/2
Jan.	für 11 Mann Lippische Röhren	8	13 1/2
Febr.	für 11 Mann Lippische Röhren	2	12 1/2
März	für 11 Mann Lippische Röhren	1	2 1/2
April	für 11 Mann Lippische Röhren	5	10 1/2
May	für 11 Mann Lippische Röhren	5	20 1/2
Juni	für 11 Mann Lippische Röhren	10	2 1/2
Juli	für 11 Mann Lippische Röhren	2	18 1/2
Aug.	für 11 Mann Lippische Röhren	2	28 1/2
Sept.	für 11 Mann Lippische Röhren	5	16 1/2
Oktober	für 11 Mann Lippische Röhren	11	10 1/2
Nov.	für 11 Mann Lippische Röhren	3	2 1/2
Dez.	für 11 Mann Lippische Röhren	3	8 1/2
Jan.	für 11 Mann Lippische Röhren	3	9 1/2
Febr.	für 11 Mann Lippische Röhren	9	2 1/2

Abb. 2: Abrechnungsbuch des Detmolder Zweigvereins des Deutschen Tabakarbeiter-Vereins, StA DT L 77 A Nr. 5148.

Es waren aber nicht nur Vertreter der klassischen Arbeiterschaft, die sich in Lippe organisierten. So gab es in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts in Lippe zwei Lehrerverbände, die schon 1847 gegründete „Allgemeine Lippische Lehrerkonferenz“, ein Vorläufer der heutigen „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“, und den 1871 gegründeten „Lehrerbund“, eine Kampforganisation „mit der ausschließlichen Aufgabe, für die wirtschaftliche Besserstellung der lippischen Lehrerschaft einzutreten“.¹³

Das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ vom Oktober 1878 bedeutete nicht nur das Ende des „Lehrerbundes“, sondern traf auch alle anderen Organisationen, die der Nähe zur Sozialdemokratie verdächtig waren.

2. Die Zeit des ‚Sozialistengesetzes‘

In Umsetzung des Gesetzes gab die Fürstlich Lippische Regierung am 8. November 1878 folgende „Instruction“ für die Bezirks-Polizeibehörden heraus:

Bei der Ausführung der Bestimmungen [...] haben die Bezirks-Polizeibehörden folgende Gesichtspunkte zu beachten:

Was zunächst die Vereine der in § 1 des Gesetzes bezeichneten Art anlangt, so ist eintretenden Falls sofort darüber von den Bezirks-Polizeibehörden an die Regierung ausführlich unter Beifügung der Statuten, Zahl und Bezeichnung der Mitglieder, der Art ihrer Bestrebungen und die sonst etwa dabei in Betracht kommenden Umstände zu berichten.

Eine besonders sorgfältige Beachtung und umsichtige Behandlung erfordern die in §§ 2, 3 des Gesetzes erwähnten, zur gegenseitigen Unterstützung ihrer Mitglieder bestimmten eingetragenen Genossenschaften, eingeschriebene Hilfskassen und nicht eingeschriebenen selbstständigen Kassenvereine, damit einerseits jede Beunruhigung dieser Gattung von Vereinen, soweit dieselben ihrer Bestimmung treu bleiben, und jede Beeinträchtigung ihrer heilsamen Zwecke thunlichst vermieden, andererseits aber dem etwaigen Mißbrauche dieser Vereine zur Förderung socialdemokratischer Bestrebungen entgegengetreten werde [...]

Das Verbot und die Auflösung der in § 9 des Gesetzes bezeichneten Versammlungen, öffentlichen Festlichkeiten und Aufzüge liegt den Bezirks-Polizeibehörden bzw. den von ihnen damit Beauftragten ob [...].

Zu den öffentlichen Aufzügen sind auch demonstrative Leichenbegängnisse zu rechnen.¹⁴

Besonders die Formulierung des zweiten Punktes zeigt, dass die lippische Regierung eine behutsame Anwendung des Gesetzes beabsichtigte. Selbst die ‚Lippische Landes-Zeitung‘ zitierte am 23. Oktober 1878 folgenden Satz aus der ‚Nationalzeitung‘:

Das Urteil ist gesprochen; möge es, wenn auch mit Festigkeit, doch mit Gerechtigkeit und Mäßigung vollzogen werden.¹⁵

Am 21. November verbot die Fürstlich Lippische Regierung dennoch die socialdemokratischen Wahlvereine zu Schötmar und Lemgo aufgrund der §§ 1 und 6 des neuen Gesetzes.¹⁶ Eine Auflösung der Vereine durch die örtlichen Behörden war jedoch nicht mehr nötig. Der Lemgoer Magistrat teilte der Regierung mit, dass der Tischlergeselle Blank und der Zigarrenmacher Kallstedt als Hauptbetreiber des Vereins sich schon vor längerer Zeit aus Lemgo entfernt hätten und auch der Amtmann von Meien konnte melden, dass sich der „Socialdemokratische Wahlverein“ in Schötmar bereits aufgelöst habe.¹⁷

In Detmold war eine der ersten konkreten Maßnahmen das Verbot der Zweigstelle des „Deutschen Tabakarbeiter-Vereins“. Aus einem Vernehmungsprotokoll vom 6. Januar 1879 geht hervor, dass der Vorsitzende des Detmolder Vereins, der Zigarrenarbeiter K. Böttcher, bereits am 26. Oktober 1878, also fünf Tage nach Inkrafttreten des Gesetzes, zu einer Vernehmung vorgela-

den wurde. Am 6. Januar 1879 erschienen außer Böttcher fünf weitere Vereinsmitglieder zum Verhör (Behnisch, Kuhlmann, Plaß, Dreves und Frenkel). Sie gaben an, seit 1865 dem „Deutschen Tabakarbeiter-Verein“ angehört zu haben, allerdings nicht als Zweigstelle, da sie nicht die dafür nötigen fünfzehn Mitglieder gehabt hätten, sondern als unmittelbare Mitglieder des Berliner Hauptvereins:

Seit 1865 haben wir, wie gesagt, dem Verein angehört und solchen lediglich als eine Unterstützungscasse betrachtet, für die in den Statuten vorgesehenen Fälle. Die Beiträge haben wir regelmäßig mit 2 M 60 Pfg. pro Vierteljahr bezahlt, bis zum Juli d.J., wo wir uns aufgelöst haben. Die Bücher und Abrechnungen besitzen wir noch, ebenso die Statuten und werden wir alles dieses vorlegen. Es wird sich daraus ergeben, daß wir irgendwelches Vermögen nicht mehr besitzen.

Wir haben den Verein [...] lediglich als einen Unterstützungs-Verein betrachtet und ist uns nichts bekannt geworden, daß er andere Tendenzen verfolgte.

Wir sind auch der Meinung gewesen, daß der Verein sich nur auf Deutschland erstreckte und außer Deutschland nur auf einige Orte in der Schweiz. Ob und wie der Verein mit socialdemokratischen Vereinen Deutschlands und anderer Länder etwa in Verbindung stand, davon ist nichts zu unserer Kenntniß gekommen.¹⁸

Am folgenden Tag übergab Böttcher den Detmolder Behörden das Rechnungsbuch des Vereins sowie die Satzung des „Deutschen Tabakarbeiter-Vereins“ und eine Abrechnung aus dem Jahre 1869.¹⁹ Böttcher wurde dann im Mai 1879 noch einmal zur Vernehmung einbestellt, wo er jedoch nur die Angaben vom Januar bestätigte, woraufhin der Detmolder Magistrat zu dem Urteil kam, „in Anbetracht der von dem Böttcher gemachten Angaben von weiteren Maßnahmen Abstand nehmen zu sollen“.²⁰ Erst 1881 wurde die Liquidation des „Deutschen Tabakarbeiter-Vereins“ abgeschlossen. Ein Berliner Polizeileutnant besorgte dieses Geschäft für den Detmolder Ableger mit. Das Vereinsvermögen betrug nicht einmal einen Taler.²¹

Der Vollständigkeit halber möchte ich noch kurz auf das Ende des bereits erwähnten „Lehrerbundes“ eingehen, das von Martin Wolf in seiner *Geschichte der lippischen Volksschule* folgendermaßen geschildert wird:

[...] im Reich war 1878 das Sozialisten-Gesetz erlassen, das weitgehend die Vereinigungsfreiheit beschränkte und damit auch den „Lehrerbund“ als ursprüngliche Kampforganisation in seiner Existenz bedrohte. Dieser war zudem in Gefahr geraten, daß die Ängstlichen und Opportunisten eine neue Haltung bestimmten. Sie hatten durchgesetzt, daß dem Konsistorial- und

Schulrat Thelemann nach der wenn auch jämmerlichen Neufestsetzung der Lehrergehälter eine „Ergebenheitsadresse“ überreicht worden war. Thelemann selbst suchte die günstige Gelegenheit zu nutzen und die Berufsorganisation der Volksschullehrer in seinen Griff und unter seinen Einfluß zu bringen. Er schlug der Lehrerschaft die Einführung „Amtlicher Amtsbezirkskonferenzen“ vor [...] Um die „Allgemeine lippische Lehrerkonferenz“ unter dem Deckmantel einer Vereinigung mit pädagogischen Aufgaben, aber als freien Verband, zu retten, lösten die Gründer des „Lehrerbundes“ diesen kurzerhand auf [...].²²

Eine unübersehbare Folge des ‚Sozialistengesetzes‘ war eine wahre Korrespondenzflut zwischen den verschiedenen Behörden und Ämtern auf Reichs-, Landes- und Kommunalebene. Listen verbotener Vereine und Druckschriften sowie irgendwo wegen sozialistischer Agitation ausgewiesener Personen wanderten hin und her und müssen vor dem Zeitalter von Schreibmaschine und Computer Tausenden Amtsschreibern über Jahre hinweg Arbeit und Brot gebracht haben. Karl Rauchschwalbe schreibt in seiner *Geschichte der lippischen Sozialdemokratie*:

Seit 1879 wurden von Berlin aus jeden Monat umfangreiche Listen verschickt, in denen aufgelöste und verbotene Vereinigungen und indizierte sozialistische Literatur aufgeführt waren. Die Regierung wurde auch bekannt gemacht mit den Tricks, die die Sozialdemokraten anwandten, um verbotene Schriften an den Mann zu bringen. Bambusstangen, angebliche Zuckerhüte aus Blech, Cornedbeefbüchsen, Polsterkissen, Gipsbüsten dienten als Verstecke, Druckplatten wurden in Seifentafeln eingegossen usw. – Und jedesmal hatte die Fürstliche Regierung den lippischen Verwaltungsbehörden Mitteilung zu machen, wenn Schmuggeltricks entlarvt waren. Es kam so zu einer umfangreichen, wenngleich völlig nutzlosen Korrespondenz.²³

So beantwortete beispielsweise der Detmolder Magistrat am 28. August 1879 eine Anfrage des Polizeiamtes der Stadt Chemnitz wie folgt:

Auf die geehrten Schreiben vom 1. und 14. d. Mts., die bei Emil Steinborn in Chemnitz vorgefundenen social-demokratischen Druckschriften betr., erwidern wir ergebenst, daß derzeit unsere Polizeibeamten und Gendarmen angewiesen sind, die erforderlichen Nachforschungen in der Sache anzustellen. Dieselben haben jetzt rapportiert, daß trotz aller Bemühungen sich nichts habe ermitteln lassen, was zur Aufklärung der Sache dienen könne.

Wir werden die Angelegenheit nicht aus dem Auge lassen u. event. die nöthigen Schritte in Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen thun. Das gütigst

anhergesandte Couvert wird mit dem Bemerken ergebenst remittirt, daß auch unseres Erachtens die Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, daß das Couvert nicht hier beschrieben, sondern dieses im Auslande geschehen ist.²⁴

Hintergrund der Anfrage aus Chemnitz war, dass dort bei einer Durchsuchung nach verbotenen sozialistischen Druckschriften bei dem Eisengießer Oscar Emil Steinborn mehrere Exemplare der von Johann Most in London herausgegebenen Zeitschrift ‚Freiheit‘ beschlagnahmt worden waren, die in ebenfalls konfiszierten Exemplaren des ‚Vorwärts‘ versteckt waren, welche nach Angaben Steinborns unter anderem den Poststempel Detmolds trugen. Die Chemnitzer Polizei schloss daraus, „daß auch in Detmold einer der betr. Absender gedachter Druckschriften seinen Wohnsitz hat“ und bot an:

Behufs event. Ermittlung desselben wird die geehrte Polizeibehörde hiervon mit dem ergebensten Bemerken in Kenntniß gesetzt, daß die Einsendung des erwähnten Kouverts, dafern erwünscht, jederzeit ohne Verzug erfolgen wird.

Auch die Übersendung besagten Couverts förderte keine Erkenntnisse zu Tage, zumal sie seitens der Chemnitzer Polizei schon mit der Bemerkung erfolgte, „daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Briefsendung fix und fertig nach Dort (Detmold, d. Verf.) zur Aufgabe gelangt“ sei.²⁵

Am 21. März 1881 schrieb die Fürstlich Lippische Regierung an die Fürstlichen Verwaltungsämter und Magistrate sowie an das Fürstliche Gendarmerie-Kommando:

Nach einer vertraulichen Mittheilung wird am 18. d.M. aus London eine sehr umfangreiche Sendung der verbotenen Zeitung „Freiheit“ abgegangen sein, welche dazu bestimmt ist, an dem Geburtstag Seiner Majestät des Kaisers und Königs in ganz Deutschland verbreitet zu werden.

Die Polizeibehörden haben (Fürstliches Gendarmerie-Commando wird veranlaßt) auf obige Zeitungen achten zu lassen und eintretenden Falls unter Konfiskation derselben und Festnahme der Verbreiter hierher zu berichten.

Das Schreiben an den Detmolder Magistrat trägt dessen zusätzliche Bemerkung:

Den Polizeidienern unter Geheimhaltung zur Kenntnißnahme.²⁶

Besonders in den Jahren 1880 und 1881 überschwemmte die lippische Regierung die fürstlichen Verwaltungsämter und Magistrate mit Schreiben, in denen auf „vertrauliche Mitteilungen“ verwiesen wurde, nach denen sozialis-

tische Agitatoren sich irgendwo in Europa aufhalten sollten oder Druckschriften als getarnte Sendungen zu erwarten seien. Immer waren diese Warnungen an die örtlichen Behörden mit der Aufforderung zur Wachsamkeit verbunden. Es hätte ja sein können, dass diese Agitatoren oder Druckschriften ausgerechnet im Fürstentum Lippe auftauchten.

An zwei Beispielen soll aufgezeigt werden, wie sich die Verfolgung von Personen, die der sozialistischen Agitation verdächtigt wurden, bis nach Detmold auswirkte. Der erste Fall betrifft den Bildhauer Carl Gottfried Friedrich Heinke. Mit Schreiben vom 27. November 1883 ersuchte der Berliner Polizeipräsident die Fürstlich Lippische Regierung zu Detmold, dem Bildhauer Heinke eine Verfügung auszuhändigen, mit der dieser auf Grund des § 28 des „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ weiterhin auf Anordnung des Königlichen Staatsministeriums vom 26. November aus Berlin und Umgebung ausgewiesen bleibe. Eine erste Ausweisungsverfügung war offenbar schon am 25. November 1882 ergangen. Die Ausweisungsverfügung wurde verlängert weil Heinke eine Person sei, „von welcher eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist“.²⁷

Die Fürstlich Lippische Regierung leitete das Berliner Schreiben am 5. Dezember 1883 abschriftlich an den Detmolder Magistrat weiter mit dem Auftrag, „wenn derselbe hier wohnhaft ist, ihm die angeschlossene Verfügung der obigen Behörde von demselben Tage behändigen zu lassen und den beigefügten Behändigungsschein vollzogen in 8 Tagen hierher zurückzusenden.“

Das Schreiben trägt den Vermerk des Detmolder Polizeidieners Frohböse vom 14. Dezember 1883, dass Heinke seit Oktober 1883 in Detmold wohne und zwar beim Wirt Mesch, er aber in Erfahrung gebracht habe, dass Heinke in den nächsten Tagen die Stadt wieder verlassen wolle.²⁸

Am 15. Dezember gab der Magistrat dem Polizeidiener die Anweisung, Heinke die Verfügung des Königlichen Polizeipräsidiiums Berlin innerhalb von vierundzwanzig Stunden auszuhändigen, woraufhin Frohböse am 16. Dezember den Magistrat informierte, dass Heinke am Tage zuvor Detmold verlassen haben solle und er ihm die Verfügung daher nicht habe aushändigen können. Der Detmolder Magistrat meldete am 17. Dezember 1883 der Fürstlichen Regierung:

Der Bildhauer Karl Gottfried Friedrich Heinke hat die hiesige Stadt ohne Abmeldung vor einigen Tagen verlassen, sodaß demselben die Verfügung ... nicht ausgehändigt werden konnte.²⁹

In ihrem Antwortschreiben an den Magistrat vom 27. Dezember 1883 bemängelte die lippische Regierung, dass aus dem Schreiben des Magistrats nicht

Wähler des Lippeischen Wahlkreises!

Auf den 27. Oktober seid Ihr an die Urnen berufen, um das Parlament des deutschen Reiches aufs Neue zu wählen; ihr seid damit berufen, ein Volkrecht zur Mitbestimmung des Staatswillens auszuüben. Wiederholt ist das Volk durch Parteien, die im Reichstage sich nicht mehr daran erinnerten, was sie bei den Wahlen versprochen, getäuscht worden; wiederholt ist durch die schwächliche Haltung der Gewählten das Ansehen des Wahlaktes herabgesetzt worden, dennoch behält der Akt der Wahl seine große Bedeutung: Er ist die einzige Gelegenheit, die geboten wird, wo das Volk seine Stimmung, seinen Willen laut und vernehmlich äußern kann.

Seid bei der größten Ohnmacht parlamentarischer Körper ist der Akt, durch den das Volk an der Urne seine Stimmung und seinen Willen manifestiert, von einem Einfluß, dem sich keine Regierung, keine öffentliche Gewalt entziehen kann.

Der unabweislichste Beweis dafür liegt in der Tatsache, daß die Staatsgewalten oft all' ihren Einfluß und all' ihre Machtmittel aufbieten, um das Resultat zu ihren Gunsten zu lenken. Sie wissen zu wohl, daß gegen eine sich deutlich äuernde Stimme des Volkes auf die Dauer kein Widerstand möglich ist. Mit einem Parlament können die Staatsgewalten wohl paktieren oder Komödie spielen, aber am Ausdruck eines Volkes, an seiner Willensäußerung läßt sich weder drehen noch drehen.

Der Wahlakt ist daher höchst wichtig; er ist das untrüglichste Merkmal der im Volke vorhandenen Strömungen, Urtheile und Begehren.

Darum: 1. **Keine Wahlenthaltung**, denn die nichtabgegebenen Stimmen werden nicht gezählt; 2. **Bestimmte Parteinahme**, damit jede Stimme ein Urtheil, einen Willen verkündet.

Mitbürger! Noch nie ist im deutschen Reiche unter wichtigeren Zeitumständen das Volk zur Abgabe seines Wahrspruchs an die Urne berufen worden als diesmal. Noch nie hat das Volk Gelegenheit gehabt, ausgerüstet mit mancherlei Erfahrungen, sich über Lebensinteressen von so großer Wichtigkeit zu entscheiden, wie diesmal. Während bei früheren Wahlen die größeren Parteien ihren wahren Charakter vielfach durch politische Schlagworte, oder durch konfessionelle Spiegelschereien verschleiern konnten, treten heute in erster Linie ernste sozialpolitische Fragen in den Vordergrund, müssen alle Parteien, die vor das Volk treten, sich ausweisen über ihre Stellung zu der einen großen Frage: Wie ist dem schwerbedrückten „armen Manne“, das heißt: wie ist dem arbeitenden Volke aufzuhelfen?

Die Stellungnahme der Parteien zu dieser einen großen Frage ist das Wahrzeichen der diesmaligen Reichstagswahl.

Zwei Momente treten hier vor allem in den Vordergrund: 1. Die von Jahr zu Jahr drückender werdende Militärlast, die Finanzkriegsbereitschaft, das Aufgehen aller Staatsaufgaben in seiner Militärwirtschaft; 2. der Nothstand, der schon Tausende und Abertausende von Existenzen geknickt hat, der Nothstand in dieser permanent gewordenen Krise, der deutlich zeigt, daß unsere wirtschaftliche Ordnung eine verfehlte ist, da sie zu solchen Resultaten führt.

Das Volk muß deshalb eine jede Partei, die sich um seine Stimme bewirbt, fragen: 1. Wie stellst du dich zur heutigen Militärwirtschaft? 2. Welche wirtschaftliche Ordnung des Erwerbslebens vertrittst du?

Prüfen wir. Die konservative Partei aller Schattirungen ist durchaus für Beibehaltung der heutigen Militärwirtschaft. Sie will im vollsten Umfange den Militärstaat, die Unterdrückung jeder freien Regung und ein starres Regiment, das seine Hauptstütze in der Militär- und Polizeigewalt hat. Ihr Ideal ist der absolutistische Staat mit den Ständevorrechten für das Junkerthum, insbesondere mit den feudalen Privilegien für den adeligen Grundbesitz. Auch die wirtschaftliche Ordnung, die sie anstreben, gehört der Vergangenheit an, sie läuft hinaus auf die Wiedereinführung von Zünften oder Zwangsinnungen, Schutzzölle und andere Beschränkungen der Person und des Verkehrs. Die Reformvorschlüge, die von den mit der konservativen Partei im engsten Zusammenhang stehenden Staats-Sozialisten oder Christlich-Sozialen gemacht werden, sind nur Köder für das Volk. Man weiß, das Volk ist unzufrieden und findet die gegenwärtigen Zustände unerträglich, deshalb bringt man allerhand Mittel, die zu einer Besserung führen sollen. Wäre es dieser Partei Ernst, die Lage des Volkes zu verbessern, so hätte sie dies in Folge ihres großen Einflusses auf die Regierungsgewalt schon längst durch die That beweisen können. Sie hat das Gegentheil bewiesen, sie hängt z. B. in Preußen an einer menschenunwürdigen Gesinde-Ordnung fest und möchte alle „Untertanen“ unter die gleicheucht bringen; sie gönnt dem armen Landproletariat nicht einmal mehr in den Wäldern Beeren und Pilze zu sammeln; sie übertrifft darin sogar das alte Junkerthum in den Zeiten der Bauernkriege. Die konservative Partei sammt ihren Christlich-Sozialen Agenten vertritt nur ein mittelalterliches Ständesinteresse, aber auch nicht die Spur von Volkswohl.

Auf gleicher Stufe steht trotz eines gewissen oppositionellen Charakters die katholisch-konservative Partei, die Partei der Ultramontanen. Diese Partei hat es zwar verstanden, im Landesgegenstand, deren Bevölkerung demokratisch gesinnt ist, einen etwas demokratischen Charakter anzunehmen und der plumpe „Kulturkampf“ gab ihr Gelegenheit zu einer oppositionellen Stellung. Sobald aber die Regierung Miene machte, die konfessionellen Forderungen dieser Partei zu bewilligen, stimmten die Vertreter derselben auch ohne weiteres zu den Forderungen der Regierung und mochten es auch noch so reaktionäre sein. Sobald die Regierung den Ultramontanen die gewünschten Privilegien wieder zuläßt, werden die meisten Führer dieser Partei stets mit den andern Konservativen stimmen, wie sie es bisher schon gethan. Der Christlich soziale Zweig der Ultramontanen wirft dieselben Köder aus, wie der der protestantischen Konservativen; er will mit den Mitteln längst vergangener Zeiten eine bessere Zukunft herbeiführen — ein Unterfangen, das ebenso widersinnig, wie unausführbar ist.

Die liberalen Parteien aller Schattirungen vertreten in erster Linie die Interessen des Großkapitals, der kapitalistischen Wirtschaft in Industrie, Handel und Verkehr; sie vertreten jene Wirtschaftsordnung welche von einer Krise zur andern führt, welche aus der Arbeit des Volkes eine kleine Minderheit immer reicher und reicher macht, während die große Mehrheit immer mehr und mehr verarmt. Diese Parteien sind nur soweit liberal, als sie mit den Konservativen Parteien um die Herrschaft im Staate kämpfen, um diesen ganz dem kapitalistischen Interesse dienstbar zu machen; von wirklicher Volksfreiheit, von wirklichem Volksrecht und von wirklicher Volkswohlfaht ist bei ihnen nicht die Rede, denn sie vertreten nur das Interesse einer bevorzugten Klasse. In diesem Klasseninteresse haben sie der Regierung noch jede reaktionäre Konzeption gemacht, sie haben vorzugsweise die Militärwirtschaft unterstützt, sie sind zum größten Theil die eifrigsten Fürsprecher derselben.

Wenn ihr linker Flügel, die Fortschrittspartei und die Volkspartei sich mitunter ein wenig oppositionell gebetete, so war ihm das nicht so sehr Ernst, denn schließlich gab er immer nach.

Der Wirtschaftspolitik der liberalen Parteien entsprangen alle die Answächse in der Zeit des letzten „Aufschwunges“, die so entsetzlich viel Noth und Elend über unser Land gebracht haben. Ihrer schwächlichen, unliberalen, ja freiheitsfeindlichen Haltung ist es zuzuschreiben, daß die Regierungsgewalt in bedenklicher Weise gestärkt und die bürgerlichen Freiheiten und Rechte in einer Art beschränkt wurden, die an die Zeiten des Polizeistaats erinnern und dem deutschen Volke keine Ehre bringt, denn mit Ausnahme von Rußland und der Türkei besitzen alle Völker Europas ein viel höheres Maß von Freiheit und Recht, als wir Deutschen.

Die liberalen Parteien haben wohl bei Wahlen gegenüber dem Volke von Freiheit und Wohlfahrt gesprochen, im Parlament aber haben sie stets nur ihr kapitalistisches Klasseninteresse im Auge gehabt, haben sie feig die Volksfreiheiten und Volksinteressen verrathen und verkauft.

Unter den genannten Parteien ist **keine**, die nicht ein Vorrecht gewisser Stände oder Klassen anstrebte, also **keine**, welche die wirtschaftlichen und sozialen Interessen des arbeitenden Volkes vertritt. **Der angebliche Eifer um die Sache des armen Mannes ist nichts weiter als ein Streik darum, welcher bevorzugte Stand oder welche bevorzugte Klasse die Herrschaft und damit die politische und ökonomische Macht über die armen Leute, d. h. das Volk haben soll.**

Mitbürger! Ihr müßt also den Stimmenwerbungen dieser Parteien den Rücken wenden, denn die Stimmen, die Ihr jenen gebt, sind gegen Eure Lebensinteressen abgegeben.

Nur eine Partei gibt es, die das Recht für sich in Anspruch nehmen darf, zum Volke zu sagen: Wir vertreten allein Deine Interessen und zwar in jeder Beziehung. Das ist die **Sozialdemokratie**. Aus dem Volke hervorgegangen, im Volke wurzelnd, ist sie die einzige Partei, welche keine Standes- oder Klassenherrschaft will, welche vielmehr auf die vollständige Beseitigung derselben und auf die Einrichtung einer Volksgemeinschaft ansieht, in der es nur gleiches Recht und gleiche Freiheit für Alle gibt.

Eine solche Volksgemeinschaft kann nicht von oben herab gegeben, sondern muß vom Volke selbst errungen werden und zu diesem Zwecke müssen die Freiheiten und Rechte des Volkes bedeutend erweitert werden. Das Recht der vollen freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift, das Recht, Vereine zu bilden, Versammlungen zu halten, muß als ein freies Menschenrecht gelten und keine andere Schranke als die des gemeinen Rechts haben. Das Recht der Bürger über die Angelegenheiten der Gemeinde, wie des engeren und weiteren Staatswesens muß im Sinne der Selbstverwaltung, Selbstregierung und Selbstgesetzgebung erweitert werden. An die Stelle des heutigen Militärwesens, des stehenden Heeres, das beständig den Frieden nach außen und die Volksfreiheit nach innen bedroht, soll eine ausgebildete Volksbewaffnung, ein Militärsystem treten, das die beste Gewähr für die Rechte und Freiheiten des Volkes und den allgemeinen Völkfrieden bietet und unser Land noch besser vor feindlichen Angriffen schützt, als das heutige stehende Heer. Wer wollte ein Deutschland, das etwa 8 Millionen wehrfähige, bewaffnete Bürger besäße, angreifen? Und doch würde eine solche riesige Wehrorganisation dem Lande lange nicht die Opfer auferlegen, wie das heutige stehende Heer.

Der Schwerpunkt des Staatswesens muß in das Volk verlegt werden, wo er naturgemäß sein soll. Es müssen großartige und verbesserte Einrichtungen in der Rechtspflege, im

Schulwesen, sowie in allen Zweigen des öffentlichen Dienstes stattfinden, damit auch die Möglichkeit gegeben ist, das Erwerbsleben auf einer Grundlage zu organisieren, bei welcher die riesigen Hilfsmittel der Natur und der Technik nicht mehr zur Bereicherung einer kleinen Minderheit, sondern zum allgemeinen Wohlstand des Volkes dienen. Welche ungeheuren Reichtümer an Kohlen, Erzen u. dergl. birgt der Boden unseres Deutschland; welcher gigantische Entwicklung hat das Maschinenwesen genommen. In den 41 Jahren, von 1837—1878 hat sich die Zahl der Dampfmaschinen mehr als verundertacht und die Zahl der Dampfpferdekkräfte betrug in letztem Jahre mehr als 400mal so viel als im ersten. Welche Quellen von Reichtum stecken in diesen Hilfsmitteln! Sollen dieselben nur einer Minderheit zufließen oder nicht vielmehr der ganzen Nation zugute kommen? Das Volk muß das letztere wollen, denn heute kommt dieser ganze ungeheuere Kulturfortschritt nur einer bevorrechteten Minderheit zu Gute.

Aber auch das Gebiet der wirtschaftlichen Zirkulation muß so organisiert werden, daß Handel und Verkehr nicht mehr ein Monopol für arbeitslosen Gewinn sind, daß nicht mehr die besten Säfte des Volkes für eine wirtschaftliche Funktion in Anspruch genommen werden, die keine Werte erzeugt. Bedenkt, daß das wahnsinnige Treiben der Gründerzeit sich zum größten Theil auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs abspielte, und Ihr werdet für nöthig halten, daß auf diesem Gebiete an Stelle der Anarchie und der Räuberei, wie sie Prof. Dr. Schäffle treffend bezeichnet, eine planmäßige Ordnung geschaffen werde, eine Ordnung, wie sie freilich nur ein auf dem reinen Volkthum beruhender Staat schaffen kann.

Volksfreiheit, Volkswohlfahrt — das sind die Zielpunkte unserer Partei, der Sozialdemokratie. Keines ist ohne das andere denk- und durchführbar. Wie der Zweck, so müssen auch die Mittel sein. Was wirklich für das Volk sein soll, muß auch durch das Volk selbst als richtig und gut anerkannt, gewollt und durchgeführt werden.

Mit dieser Parole treten wir in die Wahl. Wir verlangen von Euch, Mitbürger, kein blindes Vertrauen für Personen, wie dies andere Parteien thun. Wir werben nicht wegen einer Person um Euer Stimmen, sondern wegen der Sache, die sie und wir vertreten und für die Ihr eintreten müßt, wenn sie zum Siege gelangen soll.

Und so wenden wir uns denn an Euch, Mitbürger, die Ihr eine bessere Zukunft ersehnet, als diese traurige Gegenwart, an Euch, die Ihr einsehet, daß Volksfreiheit, Volksherrschaft und Volksfreiheit unzertrennliche Ziele sind. Beurkundet an der Wahlurne, daß Ihr diese Einsicht habt, beurkundet mit Eurem Stimmzettel, daß Ihr nach jenem dreieinigen Ziele streben wollt. Eine große Zahl von Bürgern, die einen bestimmten Willen manifestiert, erringt sich immer Respekt und Beachtung. Keiner darf sagen: Auf mich kommt's nicht an. Auf jeden Einzelnen kommt's an. Daher gehe ein Jeder am **27. Oktober** an die Urne und ermuntere in seinem Kreise diejenigen, welche für das Gemeinwesen noch lässig sind. Gilt es doch einer Sache, für welche die größten und edelsten Menschen aller Völker und Zeiten gestrebt und gelitten haben — gilt es doch für Menschenwohl und Menschenglück, für den Sonnenschein einer besseren Einrichtung unseres gesellschaftlichen Lebens, nach der jedes bedrückte Menschenherz sich sehnt, einer Einrichtung, die auf Solidarität, auf Brüderlichkeit und Gerechtigkeit gegründet ist. Wer dazu mitstreben will, daß dieser bessere Zustand komme, der bezeuge dies, indem er am Wahltag stimmt für

W. Strothmann, Kaufman in Lemgo.

Eine Anzahl Wähler des Lippeischen Wahlkreises.

Abb. 3: Sozialdemokratischer Aufruf aus Lemgo zu den Reichstagswahlen vom 27. Oktober 1881, StA DT L 77 A Nr. 5148.

hervorgehe, warum Heinke die Verfügung nicht zugestellt worden sei, während er sich noch in Detmold aufgehalten habe und verlangte:

Es ist sowohl hierüber in 3 Tagen erläuternd zu berichten, als auch darüber, wo der p. Heinke in hiesiger Stadt wohnte und arbeitete. Vielleicht ergibt sich auch nach näherer Erkundigung, wohin er von hier gereist ist.

In seinem abschließenden Bericht vom 31. Dezember musste der Detmolder Magistrat gestehen, dass die Verfügung durch ein „Versehen“ des Polizeidieners Frohböse nicht ausgehändigt worden war:

Der letztere hat sich mehrmals in die Wohnung des Heinke beim Wirth Mesch begeben und es, da er denselben dort nicht antraf, unterlassen, die Aushändigung bei dem Arbeitgeber, Bildhauer Beneke, zu bewirken. Heinke soll die Stadt am 12.ten d. Mts. verlassen und sich nach Ahlfeldt bei Hannover begeben haben.

Als Schlusspunkt dieses Briefwechsels rüffelte die lippische Regierung sowohl den Polizeidiener als auch den Magistrat:

Nach dem [...] Berichte [...] läßt sich annehmen, daß bei etwas mehr Umsicht und Pflichteifer des mit der obigen Aushändigung beauftragten Polizeidieners Frohböse der p. Heinke sehr wohl hierselbst, namentlich bei seinem Arbeitgeber Beneke aufzufinden gewesen wäre, während die Art und Weise, wie sich der p. Frohböse jenes Auftrags entledigte, den p. Heinke wahrscheinlich veranlaßt hat, ohne Abmeldung sich von hier zu entfernen. Es verdient dieses Verfahren des Unterbedienten eine ernste Rüge, aber auch nicht weniger, daß vom Magistrate derselbe nicht mit der gehörigen Instruction versehen und zum schleunigen Rapporte angehalten wurde.³⁰

Ein anderer Fall betraf den Schneider August Kasten. Aufgrund einer Mitteilung des Berliner Polizeipräsidenten an die Fürstlich Lippische Regierung vom 11. Oktober 1884, dass in Mülhausen im Elsaß ein Brief an Kasten mit einem Exemplar der in Zürich erscheinenden verbotenen Zeitung ‚Der Sozialdemokrat‘ beschlagnahmt worden sei, veranlasste die lippische Regierung den Detmolder Magistrat aufzufordern, Erkundigungen über Kasten einzuholen und darüber innerhalb von drei Tagen zu berichten. Kasten, der aus Hariehausen in der Provinz Hannover stammte, hatte nach den Erkenntnissen der Behörden von Juni 1880 bis März 1883 beim Schneider Drifte gearbeitet und war von diesem nach Hannover abgemeldet worden. Zum Zeitpunkt der Anfrage wohnte er ohne Anmeldung bei seiner Schwester, der Witwe des Zim-

mermanns Kettelhake in der Exterstraße und arbeitete beim Kaufmann Köster in der Hornschen Straße. Der Magistrat berichtete der Fürstlich Lippischen Regierung am 18. Oktober 1884:

Während seines Hierseins hat p. Kasten zu Beschwerden keinen Anlaß gegeben. Von den Nachbarn wird er als fleißiger, solider und für seine verarmte Schwester besorgter Arbeiter gerühmt.³¹

Aufgrund dieser Erkenntnisse sah die lippische Regierung keinen Grund, gegen Kasten „wegen Übertretung von Bestimmungen des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie einzuschreiten“, sie mahnte aber den Detmolder Magistrat:

Der p. Kasten ist jedoch in dieser Beziehung zu überwachen und wird eintretenden Falles weiter einem Bericht des Magistrats entgegengesehen.³²

Ohne Veranlassung von außen scheinen die lippischen Behörden kaum tätig geworden zu sein. Im März 1884 wurden in vielen lippischen Orten Flugblätter mit der Überschrift „An die Wähler des Lippe'schen Wahlkreises!“ gefunden, in denen dazu aufgefordert wurde, bei Kommunalwahlen wie auch bei den Wahlen zum Landtag und zum Reichstag sozialdemokratisch zu wählen. Hier ein Auszug aus dem Flugblatt:

Das Morgenroth, die Farbe der Sozialdemokratie, ist im Aufgehen begriffen. Daher Arbeiter, Handwerker! erkennt eure Macht und Stärke, tretet ein in die Reihen der Sozialdemokratie, welche den alten Unfug der Ausbeutung und Knechtschaft aufheben will, damit eine gerechtere neue Gesellschaftsordnung eingeführt werden kann [...].

Einer Kritik an den lippischen Verhältnissen, in der unter anderem auf den Schuldenstand des Landes hingewiesen wurde – 1.173.745 Mark bei 120.246 Einwohnern – folgte dieses Gedicht:

Als Rose bist Du bald verblüht,
Dank Anleihen, Steuern und Zölle.
Es bleiben nur Dornen in Deinem Gebiet,
Die das Leben machen zur Hölle.

Jetzt eine andere Rose aufblüht,
Gleich dem Morgenroth, das am Himmel erglüht,

Leuchtet weit sie in's Land, ihr Banner rauscht, glüht,
Der Sozialismus sei uns're Rosenblüth.

Unterzeichnet war das Flugblatt mit „Eine Anzahl sozialdemokratischer Wähler des Lippe'schen Wahlkreises“.³³

Das Flugblatt wurde von der lippischen Regierung am 19. März 1884 aufgrund der §§ 11 und 12 des ‚Sozialistengesetzes‘ verboten und dieses Verbot in die Liste der im Deutschen Reich erlassenen Verfügungen gegen die Sozialdemokratie aufgenommen. Es war das einzige Verbot einer Druckschrift durch lippische Behörden, soweit ich feststellen konnte.

Noch im Oktober 1878, dem Monat, in dem das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ beschlossen und in Kraft getreten war, wurden vierzig Vereine und siebzig Druckschriften verboten. Einen Monat später hatte sich deren Zahl bereits auf 149 Vereine und 174 Druckschriften erhöht. Mit 44 verbotenen Vereinen und 105 verbotenen Druckschriften lag das Königreich Preußen an der Spitze, gefolgt vom Königreich Sachsen mit 38 Vereinen und 28 Druckschriften sowie dem Großherzogtum Hessen mit 34 Vereinsverboten. Im Fürstentum Lippe waren bis Ende November 1878 zwei Vereine verboten worden: Die sozialdemokratischen Wahlvereine zu Schötmar und zu Lemgo.³⁴

Die Zahl der Bekanntmachungen bezüglich verbotener Vereine, Druckschriften und ausgewiesener Personen war bis 1886 auf fast 1.450 gestiegen, wie einem Prospekt des Carl Heymanns Verlags aus Berlin zu entnehmen ist, der mit dem Argument „daß die bei der Ausführung des Gesetzes beteiligten Behörden [...] nur mittelst eines sorgfältig gearbeiteten und übersichtlich zusammengestellten Verzeichnisses ohne Zeitverlust feststellen können, ob bzw. wann eine zur Verbreitung gelangte Druckschrift bereits verboten ist“, ein solches Verzeichnis anbot.³⁵

Auch andere Verlage hatten diese Verbotslisten in ihrem Angebot, die offensichtlich auch von den lippischen Behörden abonniert wurden.

3. Das Ende des ‚Sozialistengesetzes‘

Auch wenn das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ die Wirkungsmöglichkeiten der Sozialdemokraten stark einschränkte und sie vielfach in die Illegalität trieb, so erreichte das Gesetz keinesfalls die von der ‚Bismarck-Regierung‘ beabsichtigte Wirkung, die Sozialdemokratie aus dem politischen Leben in Deutschland auszuschalten. Bei der Verabschiedung des Gesetzes im Oktober 1878 hatten die Liberalen verhindert, dass die sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem Reichstag aus-

geschlossen wurden. Auch konnten sozialdemokratische Kandidaten weiterhin an Wahlen teilnehmen. Trotz ‚Sozialistengesetz‘ und Verbot der Partei verloren die Sozialdemokraten in der ersten Reichstagswahl nach Erlass des Gesetzes im Jahre 1881 nur ein Viertel der Stimmen und erreichten zwölf Mandate. Bei den Reichstagswahlen 1884 konnte die Zahl der Reichstagssitze sogar auf vierundzwanzig verdoppelt werden. Die Partei erhielt 9,7 Prozent aller abgegebenen Stimmen.³⁶ In Lippe wurden 221 Stimmen für die Sozialdemokraten abgegeben.³⁷ Bei den Reichstagswahlen 1887 konnten die Sozialdemokraten ihren Stimmenanteil noch einmal auf 10,1 Prozent erhöhen, in absoluten Zahlen wurden für sie 763.00 Stimmen abgegeben. Bei den Reichstagswahlen am 20. Februar 1890 verdoppelte sich die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen sogar auf 1.427.000,³⁸ womit die Zahl ihrer Abgeordneten von elf auf fünfunddreißig stieg. In Lippe errangen die Sozialdemokraten zum ersten Mal über fünf Prozent der Stimmen – über 1.500.³⁹ Die Sozialdemokratie war zur Massenbewegung geworden.

Kurz vor der Wahl hatte der alte Reichstag am 25. Januar 1890 die Zustimmung zu einer weiteren Verlängerung des ‚Sozialistengesetzes‘ verweigert. Das Gesetz lief im Oktober 1890 aus.

Schon lange vor dem Ende des ‚Sozialistengesetzes‘ hatten lippische Sozialdemokraten begonnen, sich wieder zu organisieren. In Lemgo wurde im April 1887 ein Arbeiterwahlverein gegründet, der nach dem Statut vom 27. Mai den Namen „Lippischer Arbeiter-Wahlverein“ führte und den Zweck hatte, „bei Reichstags-, Landtags- und Kommunal-Wahlen die Interessen des arbeitenden Volkes zu wahren“. Eintreten konnte jeder, der das 25. Lebensjahr überschritten hatte und „unbescholten“ war.⁴⁰

Auf die Anfrage des Lemgoer Bürgermeisters Dr. Höland, ob gegen den Verein einzuschreiten sei, da der Antragsteller Althage ein bekannter Sozialdemokrat und es daher anzunehmen sei, dass auch Sozialdemokraten dem Verein beitreten würden, schrieb die Fürstlich Lippische Regierung fast einen Monat später zurück:

[...] erwidern wir dem Magistrate, daß wir die Genehmigung der Statuten derartiger Vereine seitens der Regierung nicht für erforderlich halten. Ebensovienig liegen Bedingungen vor, unter denen auf Grund des Socialistengesetzes ein Verbot oder die Anordnung der Kontrolle am Platze wäre.

Die Regierung stellte es in das Ermessen des Lemgoer Magistrats, eine Entscheidung zu treffen.⁴¹

Im August 1887 wurde in Detmold eine Filiale des „Arbeiter-Wahlvereins“ gegründet. Für den provisorischen Vorstand bat der Vorsitzende Thilker den Detmolder Magistrat um Genehmigung.⁴² Für die Zeit bis 1890 fin-

det sich im Staatsarchiv kein weiteres Material über den Detmolder Verein. Mit Datum vom 27. Januar 1890 wurde dem Magistrat der Stadt Detmold gemeldet:

Es hat sich hier am Orte eine Filiale des Lippischen Arbeiter-Wahlvereins gebildet, welcher seinen Hauptsitz in Lemgo hat [...].

Unterzeichnet ist das Schreiben vom Bevollmächtigten Ostermann, vom Schriftführer Weber und vom Kassierer Kreis.⁴³

Schon im Dezember 1889 hatte der Bürgermeister Steinberg für den Detmolder Magistrat die Fürstliche Regierung warnend darauf hingewiesen, dass der Schneider Ostermann, der bereits im Mai des Jahres eine Filiale des „Deutschen Schneiderverbandes“ gegründet habe, die Gründung eines Arbeiterwahlvereins beabsichtige, „der unzweifelhaft socialdemokratischen Zwecken dienen soll“, und angekündigt:

Wir werden den Verein, der sich wohl bald auch in die Nachbarstädte ausbreiten dürfte, beobachten.⁴⁴

Nach Erhalt der Gründungsmeldung durch Ostermann und seine Mitstreiter informierte Steinberg die lippische Regierung mit Schreiben vom 5. Februar 1890 über die erfolgte Gründung:

Am vorigen Donnerstag hat in der Kanne'schen Wirthschaft eine stark besuchte Wählerversammlung stattgefunden, welche von dem Schneider Ostermann geleitet wurde und in welcher der socialdemokratische Kandidat, Zigarrenhändler Keerl aus Bremen, sprach. Die Versammlung verlief ruhig. Eine sog. Tellersammlung, welche beim Schlusse stattfinden sollte, wurde von dem anwesenden Bürgermeister verboten.

Dem Vernehmen nach wird demnächst eine weitere Versammlung hierselbst stattfinden, in welcher der bisherige Reichstagsabgeordnete Singer sprechen wird.

Auch auf dem platten Lande ist die socialdemokratische Wahlagitation anscheinend sehr rege. Wahlversammlungen sind uns für den vergangenen Sonntag in Heiden und für heute in Hörstmar angezeigt worden, wo ein Parteimitglied aus Minden sprechen soll. Die Anzeigen haben wir sofort dem hiesigen Verwaltungsamte übermittelt.⁴⁵

Der in der Gründungsversammlung aufgetretene Zigarrenhändler Keerl hatte schon bei der Reichstagswahl 1887 für die lippischen Sozialdemokraten kandidiert, die sich offenbar durch das Auftreten eines bekannten Redners einen

größeren Stimmenzuwachs erhofften.⁴⁶ Erstmalig finden sich Hinweise auf Keerls Auftreten in Lippe schon 1884, wie ein Bericht des Amtsschreibers von Brake an das Fürstliche Verwaltungsamt über eine „Versammlung für Reichstagswahlen betreffend“ vom 22. Oktober 1884 beweist.⁴⁷ Für 1887 gibt es keine Belege für seine Anwesenheit in Lippe.⁴⁸ Die Kandidatur bekannter auswärtiger Sozialdemokraten war damals nicht unüblich. So kandidierte 1890 im Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück der bekannte Reichstagsabgeordnete Paul Singer aus Berlin.⁴⁹

Der Schneider Friedrich Ostermann hatte, wie vom Magistrat der Stadt Detmold an die Fürstlich Lippische Regierung berichtet, eine wesentliche Rolle bei der Gründung der Detmolder Filiale des „Deutschen Schneiderverbands“ im Mai 1889 gespielt. Dieses scheint der erste sozialdemokratisch orientierte Facharbeiterverein in Lippe in den achtziger Jahren gewesen zu sein. Die Gründung verlief nicht ohne Schwierigkeiten und beweist, dass auch gegen Ende der achtziger Jahre das ‚Sozialistengesetz‘ immer noch Wirkung zeigte.

Am 7. Mai 1889 beantragte Ostermann beim Detmolder Magistrat die polizeiliche Genehmigung für eine am 12. Mai geplante öffentliche Schneiderversammlung. Die Tagesordnung sah zwei Punkte vor:

1. Die Lage der Schneider und Berufsgenossen im Allgemeinen
2. Verschiedenes

Als Referent war ein Schneidermeister Zwienert aus Bielefeld vorgesehen.

Dem Detmolder Magistrat kam besonders der zweite Tagesordnungspunkt verdächtig vor; er forderte von Ostermann, „näher zu bezeichnen, was hinter Punkt 2 der Tagesordnung verborgen werde“. Da Ostermann hierüber dem Magistrat keine „befriedigende Antwort“ geben konnte und Erkundigungen bei der Bielefelder Polizeiverwaltung ergeben hatten, dass Schneidermeister Zwienert „seit Jahren als eifriger Anhänger und Agitator der Socialdemokratie bekannt ist“ und der Polizeipräsident von Hannover, wo der „Deutsche Schneiderverband“ seinen Hauptsitz hatte, den Verband sogar als sozialdemokratisch bezeichnete, „weil die den Vorstand bildenden Personen zielbewußte Socialdemokraten sind“, verbot der Magistrat die Versammlung am 11. Mai. Im Bericht des Magistrats an die lippische Regierung lautete die Begründung für das Verbot wie folgt:

Bei dieser Sachlage glaubten wir unter Berücksichtigung der gegenwärtig allerwärts wieder verstärkt auftretenden socialdemokratischen Bewegung eine Versammlung mit der Tagesordnung „Verschiedenes“ verbieten zu müssen [...].

Nach dem Bericht des Magistrats zeigte jedoch am 18. Mai „ein als eifriges Mitglied des hiesigen katholischen Gesellenvereins bekannter Schneider“ namens Dürger an, dass am 20. Mai im „Flechtmann'schen Lokale“ die erste Mitgliederversammlung der Detmolder Filiale des „Deutschen Schneiderverbandes“ stattfinden sollte. Weiter heißt es in dem Bericht:

Auf Veranlassung seines Seelsorgers nahm Dürger seine Anmeldung zwar wieder zurück, indessen wurde die Versammlung von einem Schneider Reich sofort von neuem einberufen. Die Versammlung hat danach unter polizeilicher Überwachung stattgefunden ohne daß etwas bemerkenswerthes passiert wäre.

An die anwesenden zwölf Mitglieder seien Exemplare der Fachzeitung für Schneider verteilt worden, von denen zwei Exemplare ebenso wie ein Exemplar der Statuten des „Deutschen Schneiderverbandes“ dem Bericht beigelegt seien:

Wir glauben zwar nicht, daß gegenwärtig ein landespolizeiliches Einschreiten gegen den Schneiderverband nothwendig sein wird, stellen aber der Fürstlichen Regierung gehorsamst anheim, die Ortspolizeibehörden auf die nicht ganz unverdächtige Thätigkeit des Vereins aufmerksam zu machen.⁵⁰

Die lippische Regierung nahm diesen Rat an und machte die Fürstlichen Verwaltungsämter und die Magistrate der Städte mit Schreiben vom 5. Juni 1889 auf die Tätigkeit des „Deutschen Schneiderverbandes“ „im hiesigen Land“ aufmerksam.⁵¹ Am 5. August 1889 teilte Friedrich Ostermann als Schriftführer des neuen Verbands dem Detmolder Magistrat mit, dass dessen Versammlungen ab sofort jeden Montag nach dem 1. und 15. eines Monats im „Gasthof zur Rose“ stattfinden würden.⁵²

Neben dem Schneiderverband wurden 1889 noch zwei weitere Facharbeitervereine in Detmold gegründet – von den Tischlern und den Schuhmachern. Am 9. Juli berichtete der Detmolder Magistrat der Fürstlichen Regierung, dass im Juni unter der Leitung des Tischlers Topp eine Zahlstelle des „Deutschen Tischlerverbandes“ errichtet worden sei. Die Polizeibehörde von Hamburg, wo der Verband seinen Hauptsitz habe, hätte mitgeteilt, dass zwar viele Mitglieder des Verbands als Sozialdemokraten bekannt seien, der Verband aber bisher keine Veranlassung gegeben habe, um auf Grund des ‚Sozialistengesetzes‘ gegen ihn vorzugehen. In demselben Schreiben informierte der Magistrat die Regierung auch darüber, dass „der hiesige Schneiderverband einen Ausflug nach Salzuflen zu machen beabsichtigte, um daselbst mit Schneidern aus Bielefeld und Herford zusammenzukommen.“ Offenbar hielt man in Det-

mold dieses geplante Zusammentreffen für so bedrohlich, dass man auch den Salzufler Magistrat davon in Kenntnis setzte.⁵³

Schließlich wurde im November 1889 auch noch eine Filiale des „Deutschen Schuhmachervereins“ in Detmold gegründet. Für die Detmolder Behörden läuteten nun offenbar die Alarmglocken, wie dem folgenden Bericht an die lippische Regierung zu entnehmen ist:

Unter dem Vorsitz eines gewissen F. Weber ist hier eine Filiale des Vereins deutscher Schuhmacher, der in Nürnberg domicilirt ist, gegründet worden. Da die in Eschwege, München und Pirmasens bestehenden Filialen dieses Vereins auf Grund des § 6 des Socialistengesetzes aufgelöst worden sind, so läßt sich annehmen, daß der ganze Verein socialdemokratische Tendenzen verfolgt, zumal nach einer Auskunft des Stadtmagistrats von Nürnberg der Vorsteher des Vereins, Leistenschneider Kaspar Siebert, ein sehr eifriger socialdemokratischer Agitator ist.

Es hat den Anschein, als ob die socialdemokratische Agitation gegenwärtig in verstärktem Maße sich Lippe zuwendete. Die Zeit, in welcher die Ziegler wenig Beschäftigung und Erwerb haben, ist dafür besonders geeignet. Da die meisten Ziegler nebenbei noch ein anderes Gewerbe betreiben, so kommt man durch die Gründung von Fachvereinen für diese letzteren Gewerbebezweige am leichtesten dazu, das Vertrauen der Zieglerbevölkerung zu gewinnen. Wie viel derartige Vereine gegenwärtig in Detmold bestehen, entzieht sich bei dem Fehlen eines Vereinsgesetzes unserer Beurtheilung. Auch die reichsgesetzlichen Vorschriften würden erst durch ein Lippisches Vereinsgesetz größere Bedeutung für die Praxis gewinnen.⁵⁴

Das vom Detmolder Magistrat vermisste Gesetz trat dann in Lippe im Februar 1891 als „Gesetz, das Versammlungs- und Vereinsrecht betreffend“ in Kraft.⁵⁵

4. Die neunziger Jahre

Da – wie eingangs dargestellt – das Zieglerhandwerk einer der wichtigsten Beschäftigungszweige für die lippische Bevölkerung, vor allem für die Landbevölkerung war, war die Einschätzung, die der Detmolder Magistrat über deren Bedeutung für die Entwicklung der politischen Situation in Lippe getroffen hatte, zweifellos richtig. Liberale und Sozialdemokraten bemühten sich gleichermaßen, die Ziegler für sich zu gewinnen, doch konnten sich die Liberalen vorerst durchsetzen. Das zeigte der Verlauf der Gründungsversammlung des „Lippischen Zieglerbundes“, der am 14. Dezember 1890 in Lage fundiert

wurde. Über die Versammlung berichtete mit Datum vom 15. Dezember 1890 der Lagenser Bürgermeister:

Nach Eröffnung derselben Seitens des Ziegelmeisters Windmeier – Detmold versuchte der Ziegelmeister Hilker – Detmold die Nothwendigkeit einer Vereinigung sämtlicher Lippischen Ziegler darzuthun [...] unter Hinweis auf den bereits im Jahre 1889 gegründeten Ziegelmeister-Verein hierselbst und die segensreiche Thätigkeit desselben [...]

Redner warnte hierbei vor Anschluß an den bereits bestehenden (sozialdemokratisch orientierten, d. Verf.) Deutschen Ziegler-Verein und zwar in Rücksicht auf die von Letzterem verfolgten socialdemokratischen Bestrebungen, deren Nachtheile namentlich die im vergangenen Sommer auf den an der Elbe gelegenen Ziegeleien beschäftigten Arbeiter erfahren haben würden.

In demselben Sinne äußerte sich sodann der als Redner auftretende Ziegelmeister Konrad Meier – Sülterheide.

Nachdem sodann ein Ziegler Deppe entgegen den Vorrednern von der Gründung des Vereins abgeraten und in ausführlicher Weise socialdemokratische Ideen zu entwickeln begonnen hatte, wurde Letzterem Seitens des Vorsitzenden das Wort entzogen. Die hierdurch veranlaßten lärmenden Zwischenrufe der Anhänger des p. Deppe verhinderten die Fortsetzung der Verhandlungen, so daß der Vorsitzende sich entschloß, die Sitzung zu schließen und der anwesende Gendarm zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung genöthigt wurde, die zahlreiche Versammlung aufzulösen.

Hinsichtlich des p. Deppe bemerke ich gehorsamst, daß derselbe Zigarrenmacher, jetzt angeblich Ziegler, in Langenfelde bei Hamburg seinen Wohnsitz haben soll. Derselbe hat in den letzten Wochen hier mehrfach den Versuch gemacht, socialdemokratische Versammlungen abzuhalten; es mußte indeß unterbleiben, weil die Inhaber von öffentlichen Lokalen, nachdem dieselben den oft geschickt versteckten Zweck der von Deppe und Genossen angekündigten Versammlungen erkannt hatten, ihre Räume nicht zur Verfügung stellten.⁵⁶

Der später doch noch gegründete „Lippische Zieglerbund“ hatte dann eine eindeutig anti-sozialdemokratische Ausrichtung. Im Programm war festgelegt:

1. Der Verein wird in keiner Hinsicht in den Dienst einer politischen Partei gestellt. Und wer die Zieglerversammlung in den Dienst einer solchen gestellt, oder gepreßt sehen möchte, der würde zu aller Zeit als ein Zieglerfeind zu betrachten und zu denunzieren sein, deshalb muß jeder Anschluß an die Sozialdemokratie ausgeschlossen sein, denn sobald der Verein sozialistische Ideen aufnimmt, ist er nicht lediglich ein Gewerk-Verein mehr.

2. Jedes Mitglied entsagt sich, weder der Sozialdemokratie sich anzuschließen, noch derselben Vorschub zu leisten.
3. Mitglieder, welche sozialistische Umtriebe begehen, andere Mitglieder verführen, werden ausgeschlossen. Ebenso verpflichtet sich jeder Meister zur Nichtduldung sozialistischer Schriften auf den Betrieben, auch nicht von Nichtvereinsmitgliedern und kein Mitglied verkehrt in Wirtschaften, wo sozialistische Versammlungen abgehalten werden.⁵⁷

Die lippischen Behörden konnten somit zumindest in Bezug auf die Ziegler vorerst beruhigt sein, nachdem Anfang des Jahres noch befürchtet worden war, der Sozialismus könne auch die lippischen Ziegler vereinnahmen. Aufgrund von Zeitungsberichten hatte die lippische Regierung erfahren, dass die Absicht bestand, einen in ganz Deutschland verbreiteten „Verband der Ziegelarbeiter“ zu gründen, dessen provisorischer Vorstand in Werder an der Havel saß.

Die Fürstlich Lippische Regierung formulierte am 3. Januar 1890 in einem Schreiben an die Königliche Regierung in Potsdam ihre Besorgnis:

Bei der großen Bedeutung, welche das Zieglergewerbe für unser Land hat, ist es für uns von Interesse, einen Einblick in die inneren Einrichtungen des geplanten Verbandes zu erhalten [...].

Sie bat um eine „eventuelle Mitteilung des Verbands-Statutes“.⁵⁸

Das Antwortschreiben aus Potsdam trug nicht eben zur Beruhigung der lippischen Regierung bei. Dort hieß es:

Die Polizei-Behörden [...] bezeichnen die Bewegung als gefährlich und machen darauf aufmerksam, daß ausschlaggebend die Stellung sein werde, welche die in großer Zahl hier beschäftigten Ziegel-Arbeiter aus dem Fürstenthum Lippe ihr gegenüber einnehmen werden.⁵⁹

Die Fürstlich Lippische Regierung hatte sich darauf veranlasst gesehen, alle lippischen Verwaltungsbehörden am 2. April 1890 vor der möglichen Gefährdung zu warnen:

Wir lenken die Aufmerksamkeit der Verwaltungsbehörden auf diese als gefährlich bezeichnete Bewegung und veranlassen dieselben, uns ihre Wahrnehmungen hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Bestrebungen dieses Vereins innerhalb ihres Bezirkes berichtlich mitzutheilen.⁶⁰

Mit der stramm anti-sozialdemokratischen Ausrichtung des „Lippischen Zieglerbundes“ war die ‚sozialistische Gefahr‘ damit erst einmal gebannt, erst 1897 musste die lippische Regierung wieder befürchten, die lippischen Ziegler könnten von sozialdemokratischen Ideen angesteckt werden.

Das Auslaufen des ‚Sozialistengesetzes‘ im Oktober 1890 bedeutete noch keineswegs das Ende der Verfolgung und der Schikanen gegenüber den Sozialdemokraten. Noch im September 1890 hatte die lippische Regierung die Polizeibehörden des Landes in einem Schreiben, in dem auf das Ende des Gesetzes hingewiesen wurde, die Weisung erteilt,

diesen Bestrebungen (der Sozialdemokratie, d. Verf.) demnächst mit Rücksicht auf die veränderte Rechtslage besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, den socialdemokratischen Ausschreitungen mit Entschiedenheit entgegenzutreten und zu diesem Zwecke von den zu Gebote stehenden Mitteln, unter sorgfältiger Einhaltung der gesetzlichen Schranken, innerhalb derselben aber bis an die Grenze des Zulässigen, Gebrauch zu machen. Insbesondere wird dies auf dem Gebiete des Versammlungs- und Vereinswesens, sowie der Preße erforderlich werden.

Die Versammlungen der Socialdemokratie, deren Abhaltung künftig nicht mehr [...] auf Grund des § 9 Abs. 2, a.a.O., verboten werden kann, werden unausgesetzt zu überwachen, die in denselben begangenen Straftaten jedesmal zur Amtsgerichtlichen Verfolgung zu bringen und diese Versammlungen aufzulösen sein, sobald ein hierfür nach den bestehenden Vorschriften ausreichender Anlaß gegeben ist. Zu diesem Behufe wird es der unausgesetzten Aufmerksamkeit der Überwachungsorgane bedürfen, um in den gehaltenen Reden diejenigen Stellen herauszufinden, welche den Thatbestand einer im Strafgesetzbuch mit Strafe bedrohten Handlung wahrscheinlicher Weise begründen [...] Erscheint die Befürchtung einer umfangreichen Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit begründet, so haben sich die Polizeibehörden rechtzeitig mit den Militärbehörden in Verbindung zu setzen.

Unter Hinweis auf die §§ 23ff. des Pressegesetzes vom 7. Mai 1874 wurde zudem auf die Möglichkeit der Beschlagnahme von Druckschriften nach sorgfältiger Prüfung auf strafrechtliche Gesichtspunkte verwiesen.⁶¹ Sozialdemokratische Veranstaltungen wurden daher weiterhin polizeilich überwacht, für uns heute insofern positiv, als die von den mit der Überwachung beauftragten Gendarmen und Polizeidienern angefertigten Protokolle oft die einzige zuverlässige Quelle darstellen für das, was in den Versammlungen abgelaufen ist.

Das zeigt z.B. die Berichterstattung über eine sozialdemokratische Versammlung am 5. April 1891 in „Strothmanns Saal“ in Lemgo, wo sich der dortige Arbeiterverein als einer der ersten in Lippe neu konstituierte. Im Be-

richt des ‚Lippischen Volksblattes‘ vom 8. April 1891 war von „riesigem Radau“ die Rede, der über die Frage, ob der neu zu gründende Verein „Arbeiterverein“ oder „Arbeiterbildungsverein“ heißen solle, entstanden sei. Noch spektakulärer berichtete die ‚Lippische Landes-Zeitung‘ vom 8. April über „riesige Tumultszenen“ und schloß ihren Bericht mit den Sätzen: „Gegen 100 Personen verließen während dieses Tumultes den Saal, so dass nur noch etwa 60 zurückblieben. Wunderbarer Weise ging es jedoch ohne blutige Köpfe ab. Wahrlich in einer Reutervorlesung konnte man sich nicht besser amüsieren, als in dieser Radau-Versammlung sondergleichen.“

Aufgeschreckt durch diese Berichte forderte die Fürstlich Lippische Regierung den Lemgoer Magistrat am 16. April auf, Auskunft darüber zu geben, ob diese Darstellungen zutreffend seien und ob es eine polizeiliche Überwachung der Versammlung gegeben habe. Seinem Antwortschreiben an die Regierung fügte der Lemgoer Magistrat ein Protokoll des Oberwachtmeisters Krüger bei, der gemeinsam mit dem Polizeidiener Fricke die Veranstaltung überwacht hatte. Darin hieß es: „Zu Tumulten oder sonstigen Gesetzwidrigkeiten ist es bei dieser Versammlung nicht gekommen.“⁶²

Vor dem Lemgoer Verein hatte sich schon im Dezember 1890 in Schötmar ein „Allgemeiner Arbeiter-Verein“ konstituiert.⁶³ In Detmold dagegen wurde erst Ende 1894 ein „Arbeiter-Bildungsverein“ gegründet.

Über das genaue Gründungsdatum des Vereins, der, wie ähnliche Vereine in anderen Orten auch, als Urzelle des Ortsvereins der Detmolder „SPD“ anzusehen ist, herrscht keine endgültige Klarheit. Mit Datum vom 17. Oktober 1894 meldete ein Eduard Wulff, wohnhaft in der Bruchstraße Nr. 3, für den folgenden Sonntag eine öffentliche Versammlung im Lokale des Herrn Thermann in der Hornschen Straße an, auf der neben der Wahl eines Vertrauensmannes für Detmold auch die Gründung eines „Arbeiter-Bildungsvereins“ auf der Tagesordnung stand.⁶⁴ In der Jubiläumsschrift zum 100-jährigen Bestehen des „SPD-Ortsvereins Detmold“ zieht Wolfgang Herbig daraus den Schluss – offensichtlich in Berufung auf Karl Rauchschalbe – dass die Gründung des „Arbeiter-Bildungsvereins“ demnach am 21. Oktober 1894 stattgefunden habe.⁶⁵ Das muss jedoch insofern in Zweifel gezogen werden, als besagter Eduard Wulff am 16. November 1894 erneut beim Detmolder Magistrat eine Versammlung im Lokal des Wirtes Thermann anmeldete, auf der die Gründung eines „Arbeiter-Bildungsvereins“ sowie die Wahl eines Vorstands die wesentlichen Tagesordnungspunkte waren. Die Gründung eines angeblich schon existierenden Vereins macht jedoch keinen Sinn. Zudem existiert im Staatsarchiv Detmold ein Schreiben des Vorstands des „Arbeiter-Bildungsvereins für Detmold und Umgegend“ vom 25. November 1894, mit welchem den „Wohllöblichen Polizeibehörden“ mitgeteilt wird, dass am 18. November

im Lokal des Gastwirts Thermann dieser Verein gegründet worden sei, „welchen wir hiermit anmelden“. Unterzeichnet ist die Anmeldung von den Vorstandsmitgliedern O. Bork, Krumme Str. 14, als Vorsitzender, P. Henjes, Meierstraße 19, als Kassierer, Eduard Schrall, Meierstrasse 19, als Schriftführer, sowie A. Bohndorf, Hornsche Str. 37, als Beisitzer.⁶⁶ Mithin muss wohl doch der 18. November 1894 als erster Gründungstermin der Detmolder „SPD“ gelten.

An die Wohlthätige Polizeibehörde
 Göttingen.
 2. NOV. 94
 89654
 Detmold, den 25. November 1894

Sehr geehrte Herrschaften!

Mit dieser hiermit ergoßte mit, das in der
 am Sonntag d. 18. d. M. stattgehabten Versammlung
 im Lokal des Gastwirts Thermann in
 Detmold eine Arbeiter-Bildungsverein für Detmold und
 Umgegend gegründet wurde, welchen wir hiermit
 anmelde.

Der Vorstand:

O. Bork, Vorsitzender Krumme Straße 14
 P. Henjes, Kassierer Meierstraße 19
 E. Schrall, Schriftführer Meierstraße 19
 A. Bohndorf, Beisitzer Hornsche Straße 37

Für
 die Arbeiter-Bildungsverein für Detmold und Umgegend!
 Göttingen. 14. 12. 94.
 Mr. Meierstr.
 K. G.

Abb. 4: Anzeige der am 18. November 1894 erfolgte Gründung des „Arbeiter-Bildungsvereins für Detmold und Umgebung“, StA DT D 106 Detmold Nr. 765.

Die Statuten des neuen Vereins legten den Schwerpunkt eindeutig auf den Bildungsaspekt, das Wort Sozialdemokratie kommt an keiner Stelle vor!

Im § 1 heißt es:

Zweck des Vereins ist, seinen Mitgliedern Gelegenheit zur weiteren Ausbildung zu geben. Diesem Zweck wird zu entsprechen gesucht durch Anschaffung einer Bibliothek, [...] Zeitschriften und Zeitungen [...] Vorträgen sowie durch Veranstaltung geselliger Unterhaltungen und Vergnügungen.

Mitglied konnte jeder Arbeiter werden, der im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte war. Jedes Mitglied hatte bei seinem Beitritt ein Eintrittsgeld von dreißig Pfennigen zu bezahlen und erhielt dafür ein Vereinsstatut. Der monatliche Mitgliedsbeitrag, der „in der ersten Hälfte eines jeden Monats im Vereinslokal entgegengenommen“ wurde, betrug zwanzig Pfennige. Der jeweils auf ein Jahr gewählte Vorstand bestand aus je einem Vorsitzenden, Kassierer, Schriftführer und Beisitzer. Mitgliedsversammlungen sollten alle vierzehn Tage stattfinden.⁶⁷



Abb. 5: Das traditionelle Lokal
der Detmolder Linken,
StA DT D 72 Rauchschwalbe Nr. 5.

Die Gastwirtschaft des Wirtes Thermann trug den Namen „Zum letzten Heller“; es handelte sich um das Lokal, das später als „Berta“ für viele Jahrzehnte Heimat der Detmolder Linken wurde. Dort hatten am 14. Oktober 1894 schon die lippischen Sozialdemokraten ihre Landeskonferenz abgehalten. Auch diese Veranstaltung war von Eduard Wulff angemeldet worden.⁶⁸ Bei ihm scheint es sich – zumindest für kurze Zeit – um einen besonderen Aktivist der Detmolder Arbeiterschaft gehandelt zu haben, denn er hatte auch schon im Juli 1894 eine Versammlung des „Verbandes der Sattler und Tapezierer“ sowie im September der Metallarbeiter beim Detmolder Magistrat angezeigt.⁶⁹

Der „Arbeiter-Bildungsverein“ entwickelte offenbar sofort eine rege Aktivität. Im Dezember 1894 gehörten ihm nach einem vom Vorsitzenden Bork beim Magistrat eingereichten Mitgliederverzeichnis vierunddreißig Mitglieder an. Versammlungen fanden im Dezember 1894 und Januar 1895 zum Teil wöchentlich statt.⁷⁰ Wenn dennoch Karl Rauchschalbe in seinem Buch *90 Jahre Sozialdemokratie in Detmold* schreibt: „Die Arbeit der Detmolder Sozialdemokraten scheint in den ersten folgenden Jahren nur schleppend vorangegangen zu sein [...]“⁷¹ und auch Wolfgang Herbig in der Schrift zum 100-jährigen SPD-Jubiläum bedauernd feststellt, dass den Quellen über die Aktivitäten des Vereins in den Jahren nach seiner Gründung nichts zu entnehmen sei⁷², so gibt es dafür eine einfache Erklärung: Schon ab Februar 1895 gab es in Detmold gar keine sozialdemokratische Organisation mehr. Auf einer außerordentlichen Generalversammlung am 10. Februar 1895 löste sich der „Arbeiter-Bildungsverein“ wieder auf, wie der bisherige Vorsitzende Bork mit Schreiben vom 12. Februar dem „hochwohlhloßlichen Magistrat der Residenzstadt Detmold“ meldete.⁷³ Erst 1901 wurde der Verein neu gegründet.

Die Nichtexistenz einer Detmolder „SPD“ von 1895 bis 1901 ist auch die Erklärung dafür, dass – wie sowohl Rauchschalbe als auch Herbig mit gewisser Verwunderung registrieren – die Detmolder Sozialdemokraten neben den Blombergern als einzige keinen Delegierten zur „Lippischen Parteikonferenz“ 1896 nach Bad Salzuflen schickten. Und schließlich bedeutet dies, dass der Ortsverein Detmold sein 100-jähriges Jubiläum um sieben Jahre zu früh gefeiert hat. Das korrekte und endgültige Gründungsdatum war schließlich der 30. Januar 1901.

Neben dem Namen Wulff, der aber weiter keine Rolle gespielt zu haben scheint, tauchte 1894 zum ersten Mal ein Name in der politischen Szene Detmolds auf, der für mehrere Jahre in der Detmolder Arbeiterschaft und Sozialdemokratie eine wichtige Rolle spielen sollte: Friedrich Wilhelm Max Obier. Mit Datum vom 27. Juni 1894 zeigte der Schuhmacher Hermann Stock im

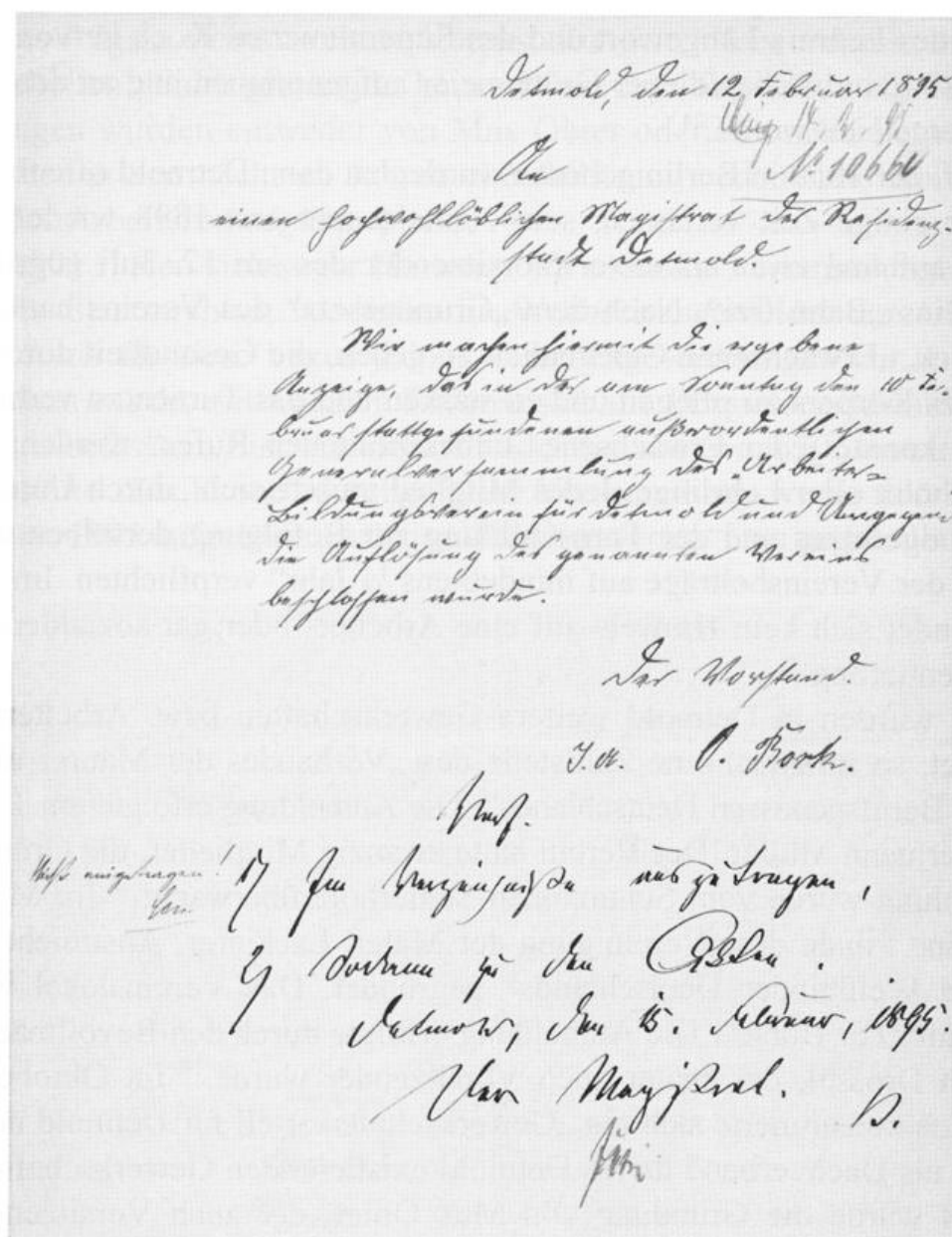


Abb. 6: Anzeige der am 10. Februar 1895 erfolgten Auflösung des „Arbeiter-Bildungsvereins für Detmold und Umgebung“, StA DT D 106 Detmold Nr. 765.

Auftrag des Pantographen Obier dem Magistrat an, dass im „Odeon“ am 28. des Monats eine öffentliche Volksversammlung mit dem Thema „Kann ein gläubiger Christ Socialdemokrat sein?“ stattfinden sollte. Als Redner war der frühere Predigtamtskandidat Theodor von Wächter vorgesehen. Die Versammlung wurde zwar vom Magistrat genehmigt, doch der Wirt des „Odeon“ verweigerte die Benutzung seines Saales, woraufhin Obier, von Wächter und die Mehrzahl der Versammlungsteilnehmer sich in das Lokal des Wirtes Lesemann begaben, um die Versammlung dort abzuhalten. Dies geht aus einer

Anzeige des Lehrers Langewort und des Supernumerars Koch hervor, die am 2. Juli 1894 vom Polizeidiener Grüttemeier aufgenommen und an den Magistrat weitergeleitet wurde.⁷⁴

Obier, der 1859 in Berlin geboren wurde, hat dann Detmold offenbar noch 1894 für einige Zeit verlassen, sein Name taucht erst 1898 wieder in den Quellen auf und zwar als erster Vorsitzender des am 12. Juli gegründeten Turnvereins „Bahn frei“. Nach dem „Grundgesetz“ des Vereins hatte dieser den Zweck, „Erwachsenen Gelegenheit zu geben, die Gesundheit durch Kräftigung des Körpers zu pflegen und zu stärken und das Turnen zu verbreiten“. Mitglied konnte jeder Erwachsene „unbescholtenen Rufes“ werden, jedoch keine Schüler oder Lehrlinge. Jedes Mitglied musste sich „durch Unterschrift des Grundgesetzes und der Turn-Ordnung zur Befolgung derselben und zur Zahlung der Vereinsbeiträge auf mindestens ¼ Jahr“ verpflichten. Im Grundgesetz findet sich kein Hinweis auf eine Arbeiter- oder gar sozialdemokratische Orientierung.⁷⁵

1899 wurden in Detmold weitere Gewerkschaften bzw. Arbeitervereine gegründet, so im April eine Zahlstelle des „Verbandes der Maurer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands“. Die Anmeldung erfolgte am 10. April durch Hermann Müller. Der Verein hatte zwanzig Mitglieder, die Gründungsversammlung wurde vom Schutzmann Schierholz überwacht.⁷⁶ Im Mai 1899 wurde eine Filiale der „Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands“ gegründet. Das Vereinslokal war das Restaurant „Zur Börse“. Die Anmeldung erfolgte durch den Bevollmächtigten Friedrich Drossel, der später auch Vorsitzender wurde.⁷⁷ Im Oktober 1899 schließlich konstituierte sich ein „Gewerkschaftskartell für Detmold und Umgegend“ als Dachverband der in Detmold existierenden Gewerkschaften. Angemeldet wurde die Gründung von Max Obier, der auch Vorsitzender des Kartells wurde. Dem Vorstand gehörten Vertreter der Tischler, Maler, Schriftsetzer, Maurer, Bildhauer, Klempner, Steindrucker und Stuckateure an, darunter war auch als Schriftwart Friedrich Drossel, der Vorsitzende der Malergewerkschaft.⁷⁸

5. Die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg

Im Jahre 1900 fanden nach mehrjähriger Pause in Detmold wieder Versammlungen statt, die der Sozialdemokratie zugerechnet werden müssen, auch wenn eine Parteiorganisation weiterhin nicht existierte. Die erste fand am 4. März im Gasthof „Zur Krone“ statt. Sie wurde als „öffentliche Versammlung für Männer und Frauen“ von Max Obier angemeldet. Bis Ende

des Jahres folgten sieben weitere Veranstaltungen, alle wurden in der „Krone“ abgehalten; leider gibt es für keine davon eine Tagesordnung. Alle Versammlungen wurden entweder von Max Obier oder Hermann Lacour angemeldet, der in den nächsten Jahren ebenfalls eine bedeutende Rolle in der Detmolder Arbeiterbewegung spielte.

Für 1901 finden sich sogar Hinweise auf zwanzig Versammlungen in den Akten des Staatsarchivs, wiederum im Wechsel angemeldet von Obier und Lacour. Auch für diese liegen jedoch keine Tagesordnungen vor, aus denen hervorgehen würde, mit welchen Themen sich die Detmolder Sozialdemokraten damals befassten. Eine Ausnahme bildet die zweite am 30. Januar 1901 in der Gaststätte „Zur Krone“ durchgeführte Versammlung, wurde dort doch der im Februar 1895 aufgelöste „Arbeiter-Bildungsverein“ neu gegründet.

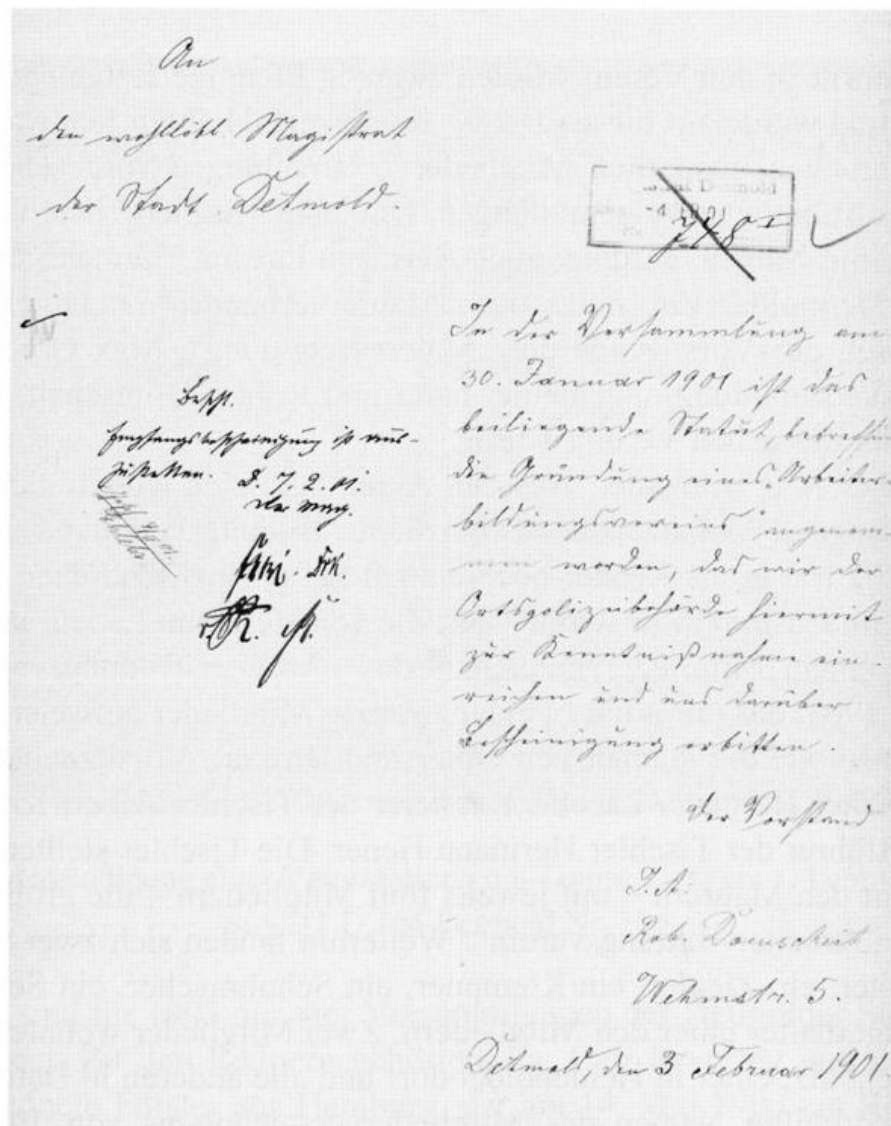


Abb. 7: Anzeige der am 30. Januar 1901 erfolgten Neugründung des „Arbeiterbildungsvereins“, StA DT D 106 Detmold Nr. 765.

Im Gegensatz zum ersten „Arbeiter-Bildungsverein“ von 1894 war der nun gegründete Verein eindeutig als sozialdemokratisch ausgewiesen, wie das Statut belegt:

§ 1 Der Verein bezweckt, den Zusammenschluß der Parteigenossen in Detmold und Umgegend zu fördern und für die Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie neue Anhänger zu gewinnen.

Dieser Zweck soll erreicht werden

durch Abhaltung von Versammlungen

durch Verbreitung sozialdemokratischer Literatur

durch Besprechung von Tages- und Parteifragen und öffentlichen Wahlen.

§ 2 Mitglied des Vereins kann werden, wer das sozialdemokratische Parteiprogramm anerkennt [...].

Für den Beitritt in den Verein wurden zwanzig Pfennige festgelegt, auch der Monatsbeitrag wurde auf diesen Betrag festgesetzt. Halbjährlich waren Generalversammlungen, monatlich Mitgliederversammlungen vorgesehen; außerdem gab es öffentliche Versammlungen. Die erste Mitgliederliste verzeichnet achtunddreißig Namen, darunter auch Hermann Lacour, Hermann Müller, der 1899 die Detmolder Zahlstelle des „Maurerverbandes“ angemeldet hatte, Fritz Drossel, der Vorsitzende der „Malervereinigung“, Max Obier, der die Gründungsversammlung angemeldet hatte und Robert Domscheit, der erster Vorsitzender des neuen Vereins wurde.⁷⁹

Domscheit war Bildhauer. Aus den Akten lässt sich jedoch nicht entnehmen, wie lange er Vorsitzender des „Arbeiter-Bildungsvereins“ war. Im November 1902 trat er als Redner noch einmal bei einer öffentlichen Volksversammlung im Gasthof „Zur Krone“ auf, die von Hermann Lacour angemeldet wurde. In einem Mitgliederverzeichnis des „Arbeiter-Bildungsvereins“ aus dem Jahre 1903, das nur noch zweiundzwanzig Mitglieder aufweist, fehlt sein Name ebenso wie die Namen von Obier und Drossel. Vorsitzender war nun der Lagerhalter Hermann Lacour, Kassierer der Tischler Albert Kretzschmar und Schriftführer der Tischler Hermann Heuer. Die Tischler stellten 1903 zusammen mit den Maurern – mit jeweils fünf Mitgliedern – die größte Berufsgruppe im „Arbeiter-Bildungsverein“. Weiterhin fanden sich zwei Schneider, zwei Arbeiter, ein Ziegler, ein Klempner, ein Schuhmacher, ein Schriftsetzer und ein Lagerhalter unter den Mitgliedern. Zwei Mitglieder wohnten in Horn, zwei in Eichholz, einer in Heidenoldendorf und alle anderen in Detmold. Von den achtunddreißig Namen des Mitgliederverzeichnisses von 1901 finden sich lediglich vier Namen wieder, was zeigt, dass es in der Mitgliedschaft offenbar eine hohe Fluktuation gab.⁸⁰

Am 1. Februar 1903 trat mit Louise Zietz aus Hamburg zum ersten Mal eine Frau in einer politischen Versammlung in Detmold auf, noch dazu eine, die später zu den bedeutendsten Vertreterinnen und Vertretern der deutschen Sozialdemokratie zählte, als erste Frau dem Vorstand der „SPD“ angehörte und 1919 für die „SPD“ in den Reichstag einzog. Bis zu ihrem Auftreten hatten lediglich regionale Parteigrößen – wie der Bielefelder Redakteur der ‚Volkswacht‘ Carl Hoffmann – die Detmolder Parteiversammlungen als Redner beehrt. Das Thema ihres Vortrags lautete: „Sind die Sozialdemokraten rechtlos?“ Vertreter aller Parteien waren laut Ankündigung zu der Veranstaltung eingeladen, der Eintrittspreis betrug zehn Pfennige. Die Schutzleute Weeke und Stroop waren mit der Überwachung der Veranstaltung beauftragt.⁸¹ Partei- und Gewerkschaftsversammlungen mussten auch im neuen Jahrhundert angemeldet werden und wurden polizeilich überwacht.



Abb. 8: Ankündigung einer Veranstaltung mit Louise Zietz am 1. Februar 1903, StA DT D 106 Detmold Nr. 116.

Insgesamt sind für 1903 nur vier Versammlungen der Detmolder Sozialdemokraten belegt. Zu den Rednern gehörten u.a. Carl Severing und der Reichstagsabgeordnete Förster aus Hamburg, der am 14. Mai 1903 ein Referat über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und die nächste Reichstagswahl hielt.⁸²

Auch Gewerkschaftsversammlungen sind für die ersten Jahre des neuen Jahrhunderts nachweisbar. Dabei zeigen sich mehrfach personelle Querverbindungen zwischen Gewerkschaften und der Partei. So fand z.B. am 12. Januar 1901 im Gasthof „Zum Adler“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung des „Verbands der Tapezierer“ statt, die von dessen Vorsitzendem Carl Klemme angemeldet wurde.⁸³ Klemme meldete auch im Dezember 1902 eine sozialdemokratische Veranstaltung an, auf der der Bielefelder Redakteur der „Volkswacht“, Carl Hoffmann, ein Referat mit dem Thema „Der Fall Krupp und ob das Tischtuch entzweiggeschnitten wird“ hielt.⁸⁴ Klemme taucht aber weder 1901 noch 1903 im Mitgliederverzeichnis des „Arbeiter-Bildungsvereins“ auf.

Am 20. Januar 1901 fand in der Bierhalle „Zur Börse“ eine von Friedrich Niebur angemeldete öffentliche Versammlung der Maurer statt, eine weitere wurde von Dietrich Budde für den 19. Oktober 1901 angemeldet.⁸⁵ Niebur ist in beiden Mitgliederverzeichnissen des „Arbeiter-Bildungsvereins“ zu finden, Budde hingegen nur in dem von 1903. Auch für 1903 sind mehrere von Budde angemeldete Maurerversammlungen in den Akten aufzufinden. Eine dieser Versammlungen befasste sich am 28. März 1903 mit den „Lohnverhältnissen vor Ort“ und war laut Bericht des Schutzmanns Weeke von neunzig bis hundert Personen besucht. Sie lief ohne Zwischenfälle ab.⁸⁶

Schließlich wurde am 27. Januar 1901 in Detmold im Gasthof „Zur Krone“ eine sozialdemokratisch orientierte Zieglerorganisation gegründet. In der Versammlung sprachen unter anderem die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Obier, Detmold, und Schmuck, Lemgo. Beide waren bei den Landtagswahlen im Dezember 1900 in den Lippischen Landtag gewählt worden, zusammen mit Clemens und Carl Becker; Obier im Wahlkreis I (Städte Detmold, Lage, Horn). Die „Lippische Tageszeitung“ berichtete am nächsten Tag über die Gründungsversammlung, in der die folgende Resolution einstimmig verabschiedet worden war:

Die heutige gutbesuchte öffentliche Versammlung erachtet den Gewerkverein der Ziegler nicht als die geeignete Interessenvertretung ihrer Berufsangehörigen und beschließt, eine freie Organisation für das gesamte Ziegler-Gewerbe zu gründen.⁸⁷

1902 scheint auch in Detmold zum ersten Mal eine Maifeier stattgefunden zu haben, die von Heinrich Schlüter für das „Gewerkschaftskartell Detmold“ angemeldet wurde.⁸⁸ Schlüter, der auch die Gewerkschaftsversammlung anmeldete, auf der am 21. Februar 1903 im Gasthof „Zur Krone“ der Bielefelder Carl Severing über „Zwecke und Ziele der Gewerkschaftlichen Organisation“ sprach,⁸⁹ muss wohl eine besondere Rolle im Detmolder „Gewerkschaftskar-

tell“ gespielt haben. Er gehörte auf jeden Fall im Jahre 1902 als Kassierer zum Vorstand des „Gewerkschaftskartells“, dessen Vorsitzender in dem Jahr der Maler Anton Brunner war. Schlüters Name findet sich auch im Mitgliederverzeichnis des „Arbeiter-Bildungsvereins“ für 1903.⁹⁰ Der Verein scheint trotz der gestiegenen Aktivitäten – gemessen an den Veranstaltungszahlen – nicht gerade Mitglieder angezogen zu haben. Im Jahre 1904 bestand er nur noch aus neunzehn Personen.⁹¹

Ab 1906 begann dann eine rasante Entwicklung der Sozialdemokratie in Detmold. Der „Arbeiter-Bildungsverein“ wurde umbenannt in „Socialdemokratischer Verein für Lippe, Ortsverein Detmold“. Die Gründung des neuen Vereins erfolgte am 10. März 1906 und wurde den Behörden am 13. März durch den Vorsitzenden Mathias Zeiner angezeigt. Der Verein hatte einundfünfzig Mitglieder.⁹²

Einen Monat später wurde ein „Arbeiter-Gesangverein“ gegründet. Erster Vorsitzender war ebenfalls Mathias Zeiner, der Wirt der „Centralhalle“, wo sowohl die Versammlungen des Gesangvereins als auch die des neuen Ortsvereins der „SPD“ stattfanden.⁹³ Der „Arbeiter-Gesangverein“ trat z.B. im Rahmen eines Künstlerkonzerts auf, das der Detmolder Ortsverein der „SPD“ am 1. Mai 1907 erstmalig veranstaltete.⁹⁴ Überhaupt legten die Detmolder Sozialdemokraten in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts viel Wert auf gesellige Veranstaltungen, wie ein Foto von einem Mai-Ausflug im Jahre 1911 zeigt.



Abb. 9: Mai-Ausflug des SPD-Ortsvereins Detmold,
StA DT D 72 Rauchschnalbe Nr. 5.

Im Juni 1907 wurde anstelle Zeiners der Gastwirt Heinrich Albeke, der inzwischen auch die „Centralhalle“ in der Freiligrathstraße übernommen hatte, zum ersten Vorsitzenden gewählt, zweiter Vorsitzender wurde der Tischler Bernhard Heinemann. Eine Mitgliederliste vom September 1907 verzeichnet schon 199 Mitglieder. Dem Vorstand gehörten als Beisitzer der Zigarrenhändler Willy Eggen und der Tischler Wilhelm Schmidt an, Kassierer war Heinrich Vahle. Die Versammlungen fanden jeden ersten Mittwoch im Monat in der „Centralhalle“ statt.⁹⁵

Weitere Angaben über die Führungskader der Detmolder Sozialdemokraten finden sich für die Jahre 1913 und 1914. Im November 1913 war Ferdinand Schreck Vorsitzender, Joseph Ohlig Kassierer und als Schriftführer ist Heinrich Schlüter verzeichnet, der ja schon zehn Jahre zuvor zu den führenden Vertretern der Partei gehört hatte.⁹⁶ Im April 1914 war Wilhelm Meier Vorsitzender,⁹⁷ der später Landtagspräsident wurde und eine besondere Qualifikation durch den Besuch der Parteischule in Berlin erworben hatte.⁹⁸ Schriftführer war weiterhin Heinrich Schlüter.⁹⁹

Mit mehr als 300 Mitgliedern ab 1910 war der Detmolder Ortsverein zum zahlenmäßig bedeutendsten Ortsverein in Lippe aufgestiegen. Aber nicht nur von der Mitgliederzahl her war Detmold an den früheren ‚Hochburgen‘ der lippischen Sozialdemokratie – Oerlinghausen, Schötmar und Lemgo – vorbeigezogen, auch was die Bedeutung der politischen Arbeit betraf. Belegt wird dies durch die Themen, mit denen die Detmolder Sozialdemokraten sich auseinandersetzten.

Ein zentrales und mehrfach diskutiertes Thema war das Frauenwahlrecht. Schon Louise Zietz war darauf im Februar 1903 eingegangen. Im März 1912 referierte ein Gewerkschaftssekretär aus Herne zu diesem Thema, wobei er die zunehmende berufliche Tätigkeit von Frauen zur Sicherung des Unterhalts der Familien als Hauptargument für die Forderung nach politischen Rechten für die Frauen aufführte.¹⁰⁰ Aufgrund der eingeschränkten politischen Rechte bildeten Frauen auch in der „SPD“ noch eine kleine Minderheit. 1911 lag ihr Anteil in Lippe unter fünf Prozent; von 840 Mitgliedern in dreiundzwanzig Ortsvereinen waren nur achtunddreißig Frauen.¹⁰¹

Weitere Themen der politischen Diskussion waren Schulpolitik, die Arbeiterbewegung sowie natürlich Friedenspolitik und die Position der Sozialdemokratie zum Militär. Auch lange nach der Aufhebung des ‚Sozialistengesetzes‘ und der Etablierung der „SPD“ als Partei mit zunehmender Bedeutung – dokumentiert in ihren Erfolgen bei Reichstagswahlen – versuchte die Militärführung, die Soldaten von jeglicher Berührung mit sozialdemokratischen Ideen fernzuhalten. Das galt auch für die Führung der Detmolder Garnison. Zwischen 1901 und 1913 ist ein reger Schriftwechsel zwischen dem Garni-

sonskommando und dem Magistrat im Staatsarchiv dokumentiert, in dem es darum ging, festzustellen, welche Gastwirtschaften sozialdemokratisch ‚beeinflußt‘ waren, sei es, weil dort auch Versammlungen der Sozialdemokraten stattfanden, sei es, weil sozialdemokratische Publikationen auslagen. Zumindest zeitweise war der Besuch folgender Gaststätten für Unteroffiziere und Mannschaften verboten: im Gasthaus „Zur Kaffeemühle“, wo nach Ermittlungen des Schutzmanns Schierholz offenbar schon vor 1900 Maifeiern abgehalten worden waren, die vom Konsumverwalter Obier geleitet wurden;¹⁰² im Gasthof „Zur Krone“, dem Vereinslokal des „Gewerkschaftskartells“ und des Turnvereins „Bahn frei“; in der Bierhalle „Zur Börse“, Bruchstraße Nr. 3; in der Wirtschaft „Gelbrich“, Hornsche Straße 11, in der 1894 der „Arbeiter-Bildungsverein“ gegründet worden war und in der zur Zeit des Verbotes im Jahre 1905 z.B. die Holzarbeiter und Maurer Versammlungen abhielten – „Verbände, welche anscheinend sozialdemokratische Gesinnungen hegen“, wie Schutzmann Stroop dem Detmolder Magistrat am 1. August 1905 berichtete, weshalb er ein Besuchsverbot für das Militär vorschlug.¹⁰³ Das Verbot betraf ferner die „Centralhalle“ in der Freiligrathstraße, nachdem sie im März 1906 von Heinrich Albeke übernommen worden war.

Noch 1911 ersuchte das Detmolder Garnisonskommando den Magistrat um Amtshilfe bei der Überwachung des Militärpersonals, das „dem Verbot zuwider“ sozialdemokratische Lokale oder Versammlungen besuchte. Im Antwortschreiben vom 6. Januar 1911 konnte der Magistrat nur ein Lokal benennen, das in Betracht kam, nämlich die „Centralhalle“, beruhigte aber das Garnisonskommando, dass das Lokal stets überwacht worden sei.¹⁰⁴

Im April 1913 bat der „Civilvorsitzende der Ersatzkommission des Aushebungsbezirkes Detmold“ den Magistrat um Auskunft,

ob unter den bei der diesjährigen Musterung für tauglich befundenen Militärpflichtigen sich solche befinden, welche bereits eine gewisse Führerrolle innerhalb der sozialdemokratischen Partei eingenommen haben, oder als eifrige und zielbewusste Vertreter ihrer Lehre gelten, oder doch deren Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie ihrer Haltung nach als zweifellos bewiesen angesehen werden muß, Anarchisten sind und zwar nicht allein zielbewusste und führende Elemente, sondern auch passive Anhänger der Partei [...].¹⁰⁵

Die Antwort des Magistrats war negativ.

Die kritische Einstellung der Sozialdemokraten zum ‚Säbelrasseln‘ des Militärs und der Rüstungspolitik der deutschen Regierung lassen die Befürchtungen der Detmolder Garnisonsspitze verständlich erscheinen. Als beispielsweise im Frühjahr 1913 im Reichstag eine Militärvorlage eingebracht wurde,

mit der weitere Rüstungsanstrengungen forciert werden sollten, kam es zu einer Welle von sozialdemokratischen Protestveranstaltungen: So sprach Carl Schreck am 24. April 1913 in Blomberg vor siebzig Personen gegen den Wahnsinn des Wettrüstens.¹⁰⁶ Am 1. Mai 1913 referierte der Kreisvorsitzende der lippischen „SPD“, Wilhelm Eggen, in Detmold zum Thema „Die Militärvorlage – ein Verbrechen wider Volk und Kultur“.¹⁰⁷ Ich denke, beide Themenformulierungen sprechen für sich.

Noch am 29. Juli 1914, nach dem Attentat von Sarajevo und einen Tag nach der Kriegserklärung Österreichs an Serbien, sprach der Geschäftsführer der ostwestfälisch-lippischen „SPD“ in der Detmolder „Centralhalle“ zum Thema „Bündnis – oder Friedenspflichten“. In der Ankündigung hieß es:

Mit dem Ausbruch des Krieges zwischen Österreich und Serbien sind grosse Gefahren für das Wohl der Völker und den Bestand der Kultur heraufbeschworen. Die Stunde verlangt, dass die Stimme der Vernunft und Menschlichkeit erhoben wird. Massenbesuch der Versammlung bedeutet wirksame Friedensarbeit.¹⁰⁸

Doch der ‚Hurrapatriotismus‘, dem sich nur wenige Tage später die Sozialdemokratie durch die Bewilligung der Kriegskredite im Reichstag anschloss, erfasste auch die Detmolder „SPD“. Sie hielt sich, wie die Partei insgesamt, während des Krieges an den ‚Burgfrieden‘, vermied Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner und kümmerte sich um die Milderung der schlechten Versorgungslage der arbeitenden Bevölkerung.

Anmerkungen

1. Karl Rauchschwalbe, Geschichte der lippischen Sozialdemokratie, Bielefeld 1980, S. 18.
2. Rauchschwalbe, S. 25, s. auch StA DT L 77 A, Nr. 5148, 16 (88).
3. Rauchschwalbe, S. 21.
4. Rauchschwalbe, S. 22.
5. Rauchschwalbe, S. 23f.
6. Rauchschwalbe, S. 24f.
7. Rauchschwalbe, S. 27f.
8. Industriegewerkschaft Metall Verwaltungsstelle Detmold, Hrsg., Die Vergangenheit begreifen, um die Zukunft zu bewältigen – Eine Dokumentation zur Geschichte der lippischen Arbeiterbewegung, Detmold 1984, S. 7.
9. Die Zahlen sind enthalten in einer Gesamtübersicht der Mitgliederzahlen für das 3. Quartal 1878, in: StA DT D 106 Detmold, Nr. 795.

10. S. Industriegewerkschaft Metall Verwaltungsstelle Detmold, Hrsg., S. 11f.
11. Rauchschwalbe, S. 60f.
12. Industriegewerkschaft Metall Verwaltungsstelle Detmold, Hrsg., S. 5.
13. Rauchschwalbe, S. 33.
14. StA DT D 106 Detmold, Nr. 795, auch in L 77 A, Nr. 5149, 01.
15. Rauchschwalbe, S. 32.
16. StA DT D 106 Detmold, Nr. 795.
17. Rauchschwalbe, S. 32.
18. StA DT L 77 A, Nr. 5148, 117-119 (212-214), sowie D 106 Detmold, Nr. 795.
19. StA DT L 77 A, Nr. 5148, 117-119 (212-214).
20. StA DT D 106 Detmold, Nr. 795.
21. Rauchschwalbe, S. 36.
22. Martin Wolf, Geschichte der lippischen Volksschule, Lemgo 1964, S. 121.
23. Rauchschwalbe, S. 34.
24. StA DT D 106 Detmold, Nr. 795.
25. StA DT D 106 Detmold, Nr. 795.
26. StA DT D 106 Detmold, Nr. 795.
27. StA DT L 77 A, Nr. 5149, 62.
28. StA DT D 106 Detmold, Nr. 795.
29. StA DT L 77 A, Nr. 5149, 58.
30. Dieser Teil des Briefwechsels findet sich in StA DT D 106 Detmold, Nr. 795.
31. StA DT L 77 A, Nr. 5149, 170.
32. StA DT D 106 Detmold, Nr. 795.
33. StA DT L 77 A, Nr. 5149, 106.
34. StA DT D 106 Detmold, Nr. 795.
35. StA DT L 77 A, Nr. 5149, 285.
36. S. Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt a. M. 1964, S. 26f.
37. S. Rauchschwalbe, S. 51.
38. Abendroth, S. 27.
39. S. Rauchschwalbe, S. 63.
40. StA DT D 106 Detmold, Nr. 2479.
41. StA DT L 77 A, Nr. 5150, 55 (62).
42. StA DT D 106 Detmold, Nr. 2479.
43. StA DT D 106 Detmold, Nr. 2479.
44. StA DT L 77 A, Nr. 5150, 180 (224).
45. StA DT L 77 A, Nr. 5150, 189f. (236f.), auch in D 106 Detmold, Nr. 795.
46. S. Rauchschwalbe, S. 55.

47. StA DT L 77 A, Nr. 5149, 183.
48. StA DT L 77 A, Nr. 5150, 10 (12), 11 (14), 13 (16).
49. S. Rauchschalbe, S. 55.
50. StA DT L 77 A, Nr. 5150, 139-141 (175-177), sowie D 106 Detmold, Nr. 795.
51. StA DT L 77 A, Nr. 5150, 142 (178).
52. StA DT D 106 Detmold, Nr. 116.
53. StA DT L 77 A, Nr. 5150, 163 (202).
54. StA DT L 77 A, Nr. 5150, 174f (214f.).
55. Rauchschalbe, S. 63.
56. StA DT L 77 A, Nr. 5150, 245ff (296ff.).
57. StA DT L 77 A, Nr. 5150, 246.
58. StA DT L 77 A, Nr. 5150, 185 (230).
59. StA DT L 77 A, Nr. 5150, 199 (248).
60. StA DT L 77 A, Nr. 5150, 204 (250).
61. StA DT L 77 A, Nr. 5150 233 (283), auch in D 106 Detmold, Nr. 795.
62. StA DT L 77 A, Nr. 5150, 261f (319f.).
63. Rauchschalbe, S. 68.
64. StA DT D 106 Detmold, Nr. 116.
65. Wolfgang Herbig, 100 Jahre SPD Ortsverein Detmold, hrsg. vom SPD Ortsverein Detmold, 1994, S. 7; vgl. Karl Rauchschalbe, 90 Jahre Sozialdemokratie in Detmold, Detmold o.J., S. 13.
66. StA DT D 106 Detmold, Nr. 765, 20.
67. StA DT D 106 Detmold, Nr. 765, 20.
68. StA DT D 106 Detmold, Nr. 116.
69. StA DT D 106 Detmold, Nr. 116.
70. StA DT D 106 Detmold, Nr. 765, 20.
71. Rauchschalbe, 90 Jahre Sozialdemokratie in Detmold, S. 13.
72. Herbig, S. 7.
73. StA DT D 106 Detmold, Nr. 765, 20.
74. StA DT D 106 Detmold, Nr. 116.
75. StA DT D 106 Detmold, Nr. 765, 30.
76. StA DT D 106 Detmold, Nr. 765, 33.
77. StA DT D 106 Detmold, Nr. 765, 32.
78. StA DT D 106 Detmold, Nr. 765, 36.
79. StA DT D 106 Detmold, Nr. 765, 20.
80. StA DT D 106 Detmold, Nr. 765, 20.
81. StA DT D 106 Detmold, Nr. 116.
82. StA DT D 106 Detmold, Nr. 116.
83. StA DT D 106 Detmold, Nr. 116.

84. StA DT D 106 Detmold, Nr. 116.
85. StA DT D 106 Detmold, Nr. 116.
86. StA DT D 106 Detmold, Nr. 116.
87. Rauchschnalbe, Geschichte, S. 100.
88. StA DT D 106 Detmold, Nr. 116.
89. StA DT D 106 Detmold, Nr. 116.
90. StA DT D 106 Detmold, Nr. 765, 20.
91. StA DT D 106 Detmold, Nr. 765, 20.
92. StA DT D 106 Detmold, Nr. 766, 51.
93. StA DT D 106 Detmold, Nr. 766, 52.
94. Rauchschnalbe, Geschichte, S. 114.
95. StA DT D 106 Detmold, Nr. 766, 51.
96. StA DT D 106 Detmold, Nr. 766, 51.
97. StA DT D 106 Detmold, Nr. 766, 51.
98. Rauchschnalbe, 90 Jahre, S. 25.
99. StA DT D 106 Detmold, Nr. 766, 51.
100. Rauchschnalbe, 90 Jahre, S. 45.
101. Rauchschnalbe, Geschichte, S. 116.
102. StA DT D 106 Detmold, Nr. 795.
103. StA DT D 106 Detmold, Nr. 795.
104. StA DT D 106 Detmold, Nr. 795.
105. StA DT D 106 Detmold, Nr. 795.
106. Rauchschnalbe, Geschichte, S. 125.
107. Rauchschnalbe, Geschichte, S. 125.
108. Rauchschnalbe, 90 Jahre, S. 49.

